

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



## Befreiungsfeiern in Mauthausen und Wien



Gerhard Antes

### Unsere sozialdemokratische Feier bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek war sehr gut besucht

An der Internationalen Befreiungsfeier am 7. Mai in der Gedenkstätte Mauthausen nahmen bei strahlendem Sonnenschein tausende Menschen teil. Nach drei Jahren Zwangspause konnten wir endlich auch wieder unsere sozialdemokratische Vor-Feier bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek durchführen. Unsere Tiroler Landesvorsitzende und stv. Bundesvorsitzende Gin. Elisabeth Fleischanderl begrüßte an die hundert Genossinnen und Genossen. SPÖ OÖ-Vorsitzender Gen. Michael Lindner und SPÖ-Vorsitzende Gin. Pamela Rendi-Wagner richteten Worte an die TeilnehmerInnen. Beide griffen in ihren Reden das Thema „Zivilcourage“ auf, unter dem auch die anschließende Feier stand. Alle TeilnehmerInnen waren glücklich, dass wir endlich wieder bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek feiern konnten!

Pünktlich um 11:00 begrüßte MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi die zahlreichen TeilnehmerInnen vor Ort und die ZuseherInnen in ORF III. Eröffnet wurde die Befreiungsfeier mit einer virtuellen Verlesung des Mauthausen-Schwurs der Überlebenden in mehreren Sprachen. Im Verlauf der Feier hielt auch der Präsident des Internationalen Mauthausenkomitees Guy Dockendorf eine Rede. Die Befreiungsfeier war heuer „Zivilcourage“ gewidmet.

Trotz aller Anpassung und allem Opportunismus 1938-1945, in der Zeit des Nationalsozialismus setzten Menschen zivilcouragierte Handlungen, die sehr schnell die eng gesetzten Grenzen des Systems überschritten und zu Widerstand gegen das Regime wurden. Diese Menschen sind unsere Vorbilder, wir werden sie niemals vergessen!

Im Bundeskanzleramt wurde am 8. Mai der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa 1945 gedacht. Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler und die Historikerin Barbara Stelzl-Marx sprachen, die Opferverbände waren zu der schlichten, aber würdigen Feier geladen (insgesamt 70 Gäste). Unmittelbar danach lud Innenminister Gerhard Karner die ARGE der NS-Opferverbände zu einer Kundgebung und gemeinsamen Kranzniederlegung im Ehrenhain für die WiderstandskämpferInnen in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof.

Der 8. Mai - der Internationale Tag der Befreiung vom Faschismus - ist ein Tag der Freude! Ausdruck dessen ist das abendliche „Fest der Freude“ auf dem Heldenplatz in Wien. Bundespräsident Alexander

Van der Bellen sprach zu den BesucherInnen. Für das Musikprogramm sorgten die Wiener Symphoniker und Konstantin Wecker.

Emotionaler Höhepunkt war die bewegende Rede der 92jährigen Zeitzeugin Anna Hackl. Ihre Familie hat ab Februar 1945 zwei aus dem Konzentrationslager Mauthausen geflüchtete sowjetische Soldaten aufgenommen und unter Lebensgefahr bis zum Kriegsende versteckt.

# 10 Jahre Nationale Gedenkstätte Gruppe 40

Am 11. März 2013, anlässlich des 75. Jahrestages der Okkupation Österreichs durch die deutsche Wehrmacht, luden Bundeskanzler Werner Faymann und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zu einem Festakt in die Gruppe 40 auf den Wiener Zentralfriedhof. Das dort befindliche Gräberfeld wurde zur nationalen Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Justiz erklärt.

Von 1942 bis 1945 wurden im Wiener Landesgericht I mehr als 1.000 Personen geköpft, ihre Leichname wurden der Anatomie übergeben bzw. in Schachtgräbern in der Gruppe 40 primitiv verscharrt. Der Bogen der hier bestatteten KämpferInnen gegen den Nationalsozialismus spannt sich vom Revolutionären Sozialisten Eduard Göth über den katholischen Priesterseminaristen Hans-Georg von Heintschel-Heinegg, bis zum Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ Hedwig Urach.

Durch die Widmung zur Gedenkstätte wurde die Republik Österreich, genauer: das Bundesministerium für Inneres, für die würdige Ausstattung, die Pflege des Areals und somit den dauerhaften Bestand verantwortlich. Das war bis dahin nicht so, 2001 wäre die ganze Gruppe beinahe geschliffen worden. Dem hartnäckigen Einsatz von Käthe Sasso war zu verdanken, dass das nicht geschah und dass letztlich die Spitzen der Republik ihre Verantwortung wahrnahmen und diese Widmung veranlassten.

Käthe Sasso, Zeitzeugin, Häftling im Landesgericht I über der Todeszelle und im Frauen-KZ Ravensbrück, dankte damals der Bundesregierung, namentlich Gen. Faymann und BM Mikl-Leitner, für die Einrichtung der nationalen Gedenkstätte und dem Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus. Diese würdige Gedenkstätte dient

uns Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen - und nicht nur uns - jeden 1. November nicht nur der Erinnerung, sondern auch der Mahnung. Gin. Sasso erinnerte an einige ihrer hingerichteten Mitgefangenen, etwa die jüngsten, Anni Gräf und Friedrich Lachnit, oder die schwer kranke Therese Klostermann, die mit 40 Grad Fieber geköpft wurde.

Am 16. März 2023 trafen die Zweite Nationalratspräsidentin und der Wiener Bürgermeister bei einer Gedenkveranstaltung VertreterInnen der politischen Opferverbände und der vier großen Religionsgemeinschaften und gedachten der Frauen und Männer des Widerstands

Gerald Netzl ■



Doris Bures, Käthe Sasso und Michael Ludwig mit Mitgliedern der Opferverbände beim Denkmal in der Gruppe 40

Parlamentsdirektion/Wieser

## Gedenken der kampflosen Befreiung Ottakrings und Hernals

Am 13. April trafen sich die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Hernals und Ottakring im Sandleitenhof, um der kampflosen Befreiung des Westens Wiens vom Nationalsozialismus durch einige WiderstandskämpferInnen Anfang April 1945 zu gedenken.

1945, als die Rote Armee Wien erreichte, gab es Versuche, Wien kampflos zu übergeben, beispielsweise die Operation Radezky, die jedoch verraten wurde. Ein weniger bekannter, aber sehr erfolgreicher Versuch war der Versuch der Gruppe um die jungen WiderstandskämpferInnen Heli Neuhaus und Heini Klein, der zur kampflosen Befreiung des Nordwestens von Wien führte. Zuerst fälschte Heini Klein einen Befehl Gauleiter Baldur von Schirachs, dass Wehrmacht und SS sich von der Stadtgrenze auf den Gürtel zurückziehen sollten, und brachte diesen zum Truppenkommando. Dort schenkte man diesem Befehl Glauben. In weiterer Folge erwarteten die WiderstandskämpferInnen die deutschen Soldaten im Sandleitenhof und entwaffneten sie. Im Tausch boten sie ihnen Zivilkleidung an, diese stammte aus einem Gewandlager direkt gegenüber, das sie aufgebrochen hatten. Durch diese Aktion fanden in diesem Teil Wiens keine Kämpfe statt, die Rote Armee konnte kampflos einziehen. Viele Menschenleben konnten so gerettet werden.

Genau an der gleichen Stelle, trafen sich heuer am 13. April ungefähr 30 Mitglieder unserer Bezirksgruppen Hernals und Ottakring, um dieser tapferen Aktion zu gedenken.

Die Ottakringer Bezirksvorsitzende, Julia Hinterseer-Pinter, lobte in ihrer Rede den Mut der jungen HeldInnen, die sich hier unbewaffnet der Wehrmacht entgegengestellt hatten. Ihr Ziel sei es gewesen, zu verhindern, dass Wien ein zweites Budapest werde, wo aufgrund der langen Gegenwehr der Nationalsozialisten viele ZivilistInnen in den Kellern verhungerten. Sie zitierte Heli Neuhaus, die sagte, dass sie sich für das kleinere Übel entschieden haben, um Schlimmeres zu vermeiden: „Wenn man vor der Wahl steht, ob man von Bomben getötet oder von Soldaten getötet wird, versucht man zumindest, etwas zu tun, um die Kämpfe zu beenden.“

Melanie Eidler, die Bezirksvorsitzende aus Hernals, wies in ihrer Rede auf die Wichtigkeit von Zivilcourage auch heute hin, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern. Sie erinnerte an unser aller Verantwortung, um zu verhindern, dass es jemals wieder so weit kommt, sowohl im persönlichen Einsatz gegen Rassismus und Menschenverachtung als auch mit politischen Maßnahmen gegen die Verarmung, die

dem Faschismus erst den Nährboden bereitet.

Die Tradition dieses Gedenkens in Ottakring ist zwar erst drei Jahre alt und die Zusammenarbeit mit Hernals eine Premiere, aber wir werden das Gedenken dieser tapferen GenossInnen weiter hochhalten.

Stefan Eckensperger ■



Die Bezirksvorsitzenden Julia Hinterseer-Pinter (links) und Melanie Eidler vor der Gedenktafel für die kampflose Befreiung im Sandleitenhof

Gerhard Antes



# Gedenk- und Befreiungsfeiern in Oberösterreich

Entkoppelt von den Beschränkungen der Pandemie waren die FreiheitskämpferInnen OÖ wie stets gewohnt tatkräftig an den Gedenk- und Befreiungsfeiern in Oberösterreich beteiligt. Den Auftakt bildete am Freitagvormittag (5. Mai) das Gedenken am Denkmal des KZ Linz III am VÖEST-Gelände mit einer Kranzniederlegung. Patrice Lafaurie als Vertreter der französischen Amicale de Mauthausen hielt auf Deutsch die Hauptrede. Freitagabend wurde in Anwesenheit von Willi Mernyi, Vorsitzenden des MKÖ, sowie LAbg. Thomas Antlinger, das neu errichtete Denkmal in Stillfussing bei Waizenkirchen feierlich eingeweiht.

Den Hauptteil bildete die Befreiungsfeier in Mauthausen am Sonntag, den 7. Mai. 24 Personen fuhren von Linz im Bus mit zur Befreiungsfeier. Den Anfang machte die Gedenkveranstaltung am Bernaschek-Denkmal (siehe Seite 1). Hervorzuheben sind Pamela Rendi-Wagner, Michael Lindner, die NR-Abg. Holzleitner, Schatz, Stöger und Yildirim und Bgm. Andreas Babler.

Ebenfalls würdigten die FreiheitskämpferInnen am Sonntagnachmittag in Ried in der Riedmark die Opfer der Mühlviertler Menschenhatz, mit Anna Hackl als Ehrengast. Die Hauptrede, von Autor Thomas Baum gehalten,

zeigte in klaren und treffenden Worten, dass der Kampf gegen Unterdrückung noch lange kein Ende hat und der Einsatz für die Demokratie eines unserer Hauptanliegen sein muss.

Abschließend gedachten wir der Befreiung des Außenlagers in Steyr-Münichholz am Montag, den 8. Mai. In mahnden Worten erinnerten uns Claude Simon (Comite international de Mauthausen) als auch Concha Díaz Berzosa (Amicale de Mauthausen Spanien) daran, dass Gedenken kein abgeschlossener Prozess ist und wir jeden Tag unser Engagement weiter fortsetzen müssen.

Im vollen Bewusstsein unseres Auftrages nehmen wir diese Mahnungen auf und übertragen sie in unsere Arbeit. Es liegt an uns, die Fackel des Erinnerns und Gedenkens weiterzutragen und den Generationen nach uns die Schicksale der Überlebenden nahezubringen.

Alexander Rath ■

GEDENKEN  
an die Opfer  
niemals  
vergessen!

## Bildungsreise nach Ravensbrück

Zum ersten Mal nach der Pandemie unternahmen die FreiheitskämpferInnen Oberösterreichs eine Bildungsreise zur Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in Ostdeutschland. Für viele der Mitreisenden war es eine neue Erfahrung, vor allem für die zahlreichen jungen Menschen. Im KZ Ravensbrück und den Außenlagern waren mehrheitlich Frauen und Kinder inhaftiert, insgesamt ca. 150.000 Menschen. Eine Führung durch Matthias Heyl, Leiter der Pädagogischen Dienste in Ravensbrück, am ersten Tag zeigte deutlich die Kontraste - vom Haus des Kommandanten zu den Orten des Verbrechens wie dem Kerker und dem Krematorium. Viel steht nicht mehr in Ravensbrück, das nach 1945 bis zum Abzug 1994 als sowjetische Kaserne genutzt wurde. Unentwegt bemühen sich die deutsche Lagergemeinschaft als auch die Mahn- und Gedenkstätte für die Gedenkarbeit und Erhaltung des großen und teils marodierenden Lagerkomplexes. Für den zweiten Tag gab es die Möglichkeit, das nahe und kaum sichtbare ehemalige KZ Uckermark zu besichtigen sowie über die Erhaltungsversuche mit zwei Personen der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark zu sprechen. Zwei erwähnenswerte Stationen waren einerseits

die Besichtigung der Aufseherinnen-Ausstellung, in der auch österreichische Aufseherinnen erwähnt werden, sowie die Länderausstellung. Diese steht im scharfen Kontrast zu den Opfern Ravensbrücks - davon über 3.000 aus Österreich. Unter ihnen Rosa Jochmann, Toni Bruha, Käthe Sasso und Käthe Leichter, die prominent in der Länderausstellung vertreten waren. Der Besuch endete mit einem gemeinsamen Gedenken an der Wand der Nationen mit Blummenniederlegung.

Begleitet und unterstützt wurde die Reise durch Vera Dehle-Thälmann, Sprecherin der deutschen Lagergemeinschaft, die für die Unterkunft sorgte und ihre Expertise einbrachte.

Diese Reise wird uns tief in Erinnerung bleiben und uns weiterhin auf unseren Auftrag hinweisen:

Nie wieder Faschismus - gegen das Vergessen!

Alexander Rath ■





# Unsterbliche Opfer

**Im „Kämpfer“ 3/2022 brachten wir die 95 Namen aller 1942 in Wien Hingerichteten. 1943 wurden in Wien 239 Frauen und Männer geköpft, die überwiegende Mehrzahl der Opfer wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Wir werden Sie niemals vergessen!**

Allram Ludwig (geb. 21.6.1890), Tabakarbeiter, hingerichtet 1.7.1943  
Anderst Ferdinand (geb. 21.4.1901), Elektroschweißer, hingerichtet 22.10.1943

Appel Franziska (geb. 21.2.1892), Haushalt, hingerichtet 29.4.1943  
Auer Heinrich (geb. 12.9.1899), Zimmermaler, hingerichtet 14.7.1943  
Bazelt Karl (geb. 24.3.1905), Werkzeugmacher, hingerichtet 21.7.1943  
Besenkopf Karl (geb. 2.7.1894), Eisendreher, hingerichtet 14.7.1943  
Bill Leopold (geb. 8.6.1905), Straßenbahnschaffner, hingerichtet 7.1.1943

Blauensteiner Leopold (geb. 25.1.1905), Steinmetzmeister, hingerichtet 29.4.1943

Braunecker Franz (geb. 16.4.1914), Handelsangestellter, hingerichtet 14.7.1943

Brunhofer Johann (geb. 8.3.1900), Werkschlosser, hingerichtet 1.7.1943

Cupal Johanna (geb. 29.8.1919), Haushalt, hingerichtet 8.10.1943

Cupal Michael (geb. 30.9.1908), Oberkellner, hingerichtet 8.10.1943

Czak Franz (geb. 11.11.1908), Bauschlosser, hingerichtet 17.5.1943

Czipek Alois (geb. 8.9.1914), Schweißergehilfe, hingerichtet 8.10.1943

Damisch Ferdinand (geb. 24.5.1894), Schlosser, hingerichtet 14.7.1943

Danek Philomena (geb. 17.12.1898), Häuslerin, hingerichtet

30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“

Danek Silvester (geb. 29.5.1887), Schneidermeister, hingerichtet

30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“

Daug Bernhard (geb. 30.3.1914), Fräser, hingerichtet 30.6.1943

Daxböck Michael (geb. 6.4.1919), kaufmännischer Angestellter, hingerichtet 14.7.1943

Dedinak Franz (geb. 29.9.1905), Werkschlosser, hingerichtet 1.7.1943

Dirmhirm Hermine (geb. 9.12.1905), Haushalt, hingerichtet 26.2.1943

Dirmhirm Lothar (geb. 14.9.1895), Stadtinspektor, hingerichtet

26.2.1943

Dluhosch Karl (geb. 12.8.1909), Industrieangestellter, hingerichtet

17.5.1943

Dobias Anton (geb. 7.6.1889), Schuhmachergehilfe, hingerichtet

7.1.1943

Dosek Anton (geb. 2.12.1923), landwirtschaftlicher Arbeiter, hingerichtet 1.7.1943 wegen „Fahnenflucht“

Doujak Johann (geb. 23.12.1905), Büchsenmacher, hingerichtet

29.4.1943

Dürr Johann (geb. 19.1.1914), Tischlergehilfe, hingerichtet 8.10.1943

Dworzak Wilhelm (geb. 1.4.1904), Metallgießer, hingerichtet

15.2.1943

Ebner Johann (geb. 3.8.1898), Schweißergehilfe, hingerichtet

26.2.1943

Eichholzer Ing. Herbert (geb. 31.1.1903), Architekt, hingerichtet

7.1.1943

Eschner Alfred (geb. 24.4.1907), Maschinist, hingerichtet 13.4.1943

Faß Friedrich (geb. 8.6.1902), Straßenbahner, hingerichtet 16.3.1943

Fenz Ing. Alfred (geb. 22.2.1920), Elektroingenieur, hingerichtet

2.11.1943

Fiala Franz (geb. 27.1.1900), Schlossergehilfe, hingerichtet 16.3.1943

Fischer Leopold (geb. 22.8.1916), Schulhelfer, hingerichtet 27.8.1943

Fischer Maria (geb. 12.9.1903), Haushalt, hingerichtet 30.3.1943

Fischer Rudolf (geb. 5.12.1905), Hilfsarbeiter, hingerichtet 28.1.1943

Fleischmann Josef (geb. 13.7.1912), Maurer, hingerichtet 16.6.1943

Freudenthaler Johann (geb. 23.6.1903), Bahnangestellter, hingerichtet

13.4.1943

Fried Johann (geb. 2.5.1923), Elektroschweißer, hingerichtet

22.10.1943

Friedl Josef (geb. 27.9.1897), Straßenbahnschaffner, hingerichtet 30.3.1943

Friedrich Johann (geb. 28.10.1908), Schuhmachergehilfe, hingerichtet 15.2.1943

Fritsche Leopold (geb. 13.1.1902), Angestellter, hingerichtet 7.1.1943

Fritz Josef (geb. 1.6.1897), Bahnangestellter, hingerichtet 17.5.1943

Gebauer Josef (geb. 15.3.1905), Kellner, hingerichtet 30.3.1943

Geissler Franz (geb. 27.2.1905), Eisengießer, hingerichtet 5.3.1943

Gerstner Johann (geb. 16.9.1900), Hilfsarbeiter, hingerichtet 16.6.1943

Gindra Theodor (geb. 20.3.1897), Schlossergehilfe, hingerichtet

15.1.1943

Göber Leopold (geb. 4.9.1895), Hilfsarbeiter, hingerichtet 28.1.1943

Goldmann Franz (geb. 6.11.1900), Bahnangestellter, hingerichtet

13.4.1943

Graf Anton (geb. 14.6.1899), Schlossergeselle, hingerichtet 21.7.1943

Gregor Johann (geb. 23.1.1907), Hilfsarbeiter, hingerichtet 1.7.1943

Gregoritsch Franz (geb. 4.10.1901), Landwirt, hingerichtet 29.4.1943

Griessl Friedrich (geb. 20.5.1905), Reichsbeamter, hingerichtet

29.4.1943

Grossauer Anton (geb. 13.5.1902), Schmiedegehilfe, hingerichtet

15.1.1943

Gutleber Konrad (geb. 1.5.1920), Gärtnergehilfe, hingerichtet

14.7.1943

Hajek Anton (geb. 5.6.1895), Postoberschaffner, hingerichtet 7.1.1943

Hammermüller Leopold (geb. 22.8.1909), Schlossergehilfe, hingerichtet

2.6.1943

Hammerschmied Josef (geb. 8.3.1901), Elektrikergehilfe, hingerichtet

13.4.1943

Hartmann Elfriede (geb. 21.5.1921), Maturantin, hingerichtet

2.11.1943

Heigl Alexander (geb. 30.10.1899), Tischlergehilfe, hingerichtet

16.3.1943

Heilegger Anton (geb. 3.12.1902), landwirtschaftlicher Arbeiter, hingerichtet

15.2.1943

Hengl Friedrich (geb. 15.11.1912), Hilfsarbeiter, hingerichtet

19.11.1943 wegen „Fahnenflucht“

Herbrich Anna (geb. 3.2.1904), Schneiderin, hingerichtet 29.4.1943

Herbrich Leopold (geb. 23.10.1888), Messgehilfe, hingerichtet

29.4.1943

Hermann Anton (geb. 2.5.1904), Eisendrehergehilfe, hingerichtet

15.2.1943

Hiebler Franz (geb. 11.8.1894), Gendarmeriewachtmeister, hingerichtet

1.7.1943

Hiller Kaspar (geb. 4.1.1889), Zimmermanngehilfe, hingerichtet

2.11.1943

Hofer Adolf (geb. 22.5.1901), Spinner, hingerichtet 16.3.1943

Hoffmann Franz (geb. 1.1.1904), Schlosser und Dreher, hingerichtet

8.10.1943

Hornscharl Johann (geb. 13.4.1903), Straßenbahnschaffner, hingerichtet

16.6.1943

Houdek Alois (geb. 6.2.1906), Handelsangestellter, hingerichtet

30.3.1943

Hudec Alois (geb. 4.5.1914), Buchdruckergehilfe, hingerichtet

5.3.1943

Imre Felix (geb. 19.11.1917), Schneidergehilfe, hingerichtet 2.11.1943

Jelinek Karl (geb. 10.9.1896), Eisendreher, hingerichtet 19.11.1943

Jellinek Leopold (geb. 3.1.1897), Schlossergehilfe, hingerichtet

1.7.1943



- Jost Grete (geb. 26.5.1916), Manipulantin, hingerichtet 15.1.1943  
Jurdak Josef (geb. 15.1.1899), Schneidergehilfe, hingerichtet 7.1.1943  
Kämpf Walter (geb. 12.9.1920), Chemiker, hingerichtet 2.11.1943  
Kadletz Peter (geb. 9.6.1903), Zimmermann, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Kafka Helene (geb. 1.5.1894), Ordensschwester, hingerichtet 30.3.1943  
Kales Otto (geb. 2.10.1902), Straßenbahner, hingerichtet 28.1.1943  
Kalis Franz Josef (geb. 29.3.1899), Versicherungsangestellter, hingerichtet 8.10.1943  
Kalovits Matthias (geb. 30.4.1898), Hilfsarbeiter, hingerichtet 2.11.1943  
Kapaunik Ernst (geb. 14.5.1893), Bahnangestellter, hingerichtet 13.4.1943  
Kapinus Karl (geb. 20.1.1907), Mechanikergehilfe, hingerichtet 16.3.1943  
Kelich Florian (geb. 30.4.1908), Holzarbeiter, hingerichtet 29.4.1943  
Kelich Ulrich (geb. 22.6.1912), Landwirt, hingerichtet 29.4.1943  
Kellner Anton (geb. 27.6.1920), Bandagist, hingerichtet 1.7.1943  
Kiesel Gustav (geb. 9.2.1907), Buchdruckergehilfe, hingerichtet 15.2.1943  
Kiss Ladislaus (geb. 24.1.1910), Maschinenarbeiter, hingerichtet 15.2.1943  
Klekner Oskar (geb. 10.1.1923), Optiker, hingerichtet 2.11.1943  
Klekner Rudolf (geb. 15.12.1912), Maschinenkonstrukteur, hingerichtet 2.11.1943  
Koglmüller Josef (geb. 20.3.1897), Schlossergeselle, hingerichtet 17.5.1943  
Kohl Franz (geb. 27.4.1891), Buchhalter, hingerichtet 26.2.1943  
Kohlitz Josef (geb. 23.6.1896), Straßenbahner, hingerichtet 7.1.1943  
Kompers Karl (geb. 6.8.1909), Schneidergehilfe, hingerichtet 13.4.1943  
Kosjek Walter (geb. 9.9.1903), Gaskassier, hingerichtet 29.4.1943  
Kostelny Ferdinand (geb. 9.11.1901), kaufmännischer Angestellter, hingerichtet 22.10.1943  
Kovarik Leopoldine (geb. 5.2.1919), Postangestellte, hingerichtet 2.11.1943  
Krcmarik Josef (geb. 7.5.1895), Straßenbahnschaffner, hingerichtet 30.3.1943  
Kubak Otto (geb. 26.6.1900), Bahnangestellter, hingerichtet 28.1.1943  
Kuchar Franz (geb. 29.6.1911), Magazineur, hingerichtet 13.4.1943  
Kudilek Anna (geb. 22.7.1903), Häuslerin, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“  
Kudilek Franz (geb. 25.11.1893), Eisenbahner, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Künzl Ferdinand (geb. 22.3.1897), Geschäftsdienner, hingerichtet 15.2.1943  
Kupsky Ludwig (geb. 6.8.1892), Straßenbahnschaffner, hingerichtet 30.3.1943  
Kurz Robert (geb. 22.7.1907), Schneidergehilfe, hingerichtet 28.1.1943  
Kutschera Anna (geb. 1.6.1901), Pensionistin, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Langer Franz (geb. 9.12.1897), Kaufmann, hingerichtet 29.4.1943  
Ledermüller Rudolf (geb. 31.3.1901), Bahnangestellter, hingerichtet 13.4.1943  
Leinweber Johann (geb. 13.5.1903), Bahnangestellter, hingerichtet 13.4.1943  
Leitner Johann (geb. 11.2.1897), Hilfsarbeiter, hingerichtet 2.6.1943  
Lengauer Josef (geb. 30.12.1902), Straßenbahnangestellter, hingerichtet 7.1.1943  
Liedlbauer Ignaz (geb. 17.12.1912), Maschinenformer, hingerichtet 1.7.1943  
Lisetz Karl (geb. 31.3.1913), Malergehilfe, hingerichtet 5.3.1943  
Macek Franz (geb. 28.8.1886), kaufmännischer Angestellter, hingerichtet 5.3.1943  
Mager Franz (geb. 2.6.1895), Straßenbahner, hingerichtet 26.2.1943  
Marold Karl (geb. 18.9.1905), Kranführer, hingerichtet 13.4.1943  
Masl Rudolf (geb. 30.5.1920), Schlossergehilfe, hingerichtet 27.8.1943  
Maszny Friedrich (geb. 11.3.1921), Handelsangestellter, hingerichtet 2.11.1943  
Matischek Josef (geb. 3.8.1913), Schlossergehilfe, hingerichtet 15.1.1943  
Mauer Wilhelm (geb. 26.1.1896), Elektrikergehilfe, hingerichtet 14.7.1943  
Mautner Rudolf (geb. 21.2.1892), Eisendreher, hingerichtet 23.9.1943  
Maier Franz (geb. 2.8.1886), Hilfsarbeiter, hingerichtet 15.2.1943  
Mayer Anton (geb. 7.2.1923), Handelsangestellter, hingerichtet 22.10.1943  
Mazurek Rudolf (geb. 25.12.1903), Friseur, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Meduna Johann (geb. 24.7.1894), Schneidermeister, hingerichtet 16.3.1943  
Meslinger Josef (geb. 16.3.1884), Monteur, hingerichtet 7.1.1943  
Michelli Martin (geb. 16.6.1906), Bergmann, hingerichtet 7.9.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Mörth Johann (geb. 7.3.1901), Autoschlosser, hingerichtet 13.4.1943  
Mraz Karl (geb. 15.3.1904), Schmiedegehilfe, hingerichtet 15.1.1943  
Mrnustik Viktor (geb. 21.10.1902), Schlossergehilfe, hingerichtet 7.1.1943  
Mühlbacher Anton (geb. 13.11.1901), Schneidergehilfe, hingerichtet 1.7.1943  
Muzik Anna (geb. 23.9.1893), Metallarbeiterin, hingerichtet 23.9.1943  
Neubauer Franz (geb. 10.10.1896), Telegraphenwerkmeister, hingerichtet 16.3.1943  
Neubauer Johann (geb. 1.11.1920), Maschinenschlosser, hingerichtet 22.10.1943  
Odwody Katherina (geb. 6.3.1901), Hilfsarbeiterin, hingerichtet 23.9.1943  
Oharek Alois (geb. 17.5.1923), Schuhmachergehilfe, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Oharek Josef (geb. 20.11.1911), Automechaniker, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Okrouhly Felix (geb. 17.2.1905), Automechaniker, hingerichtet 16.6.1943  
Olip Maria (geb. 29.3.1913), landwirtschaftliche Arbeiterin, hingerichtet 29.4.1943  
Olip Thomas (geb. 17.12.1913), Holzarbeiter, hingerichtet 29.4.1943  
Orasche Bartholomäus (geb. 12.8.1902), Sattlergehilfe, hingerichtet 29.4.1943  
Orasche Jakob (geb. 17.7.1902), Holzarbeiter, hingerichtet 29.4.1943  
Orasche Johann (geb. 12.5.1925), Postfacharbeiter, hingerichtet 29.4.1943  
Pansky Karl (geb. 9.2.1906), Taschnergehilfe, hingerichtet 15.2.1943  
Papouschek Karl (geb. 1.3.1897), Schneidermeister, hingerichtet 30.3.1943  
Pasterk Georg (geb. 12.4.1903), Landwirt, hingerichtet 29.4.1943  
Pavlin Theodor (geb. 22.6.1906), Drehergehilfe, hingerichtet 15.1.1943  
Pecck Ludmilla (geb. 1.4.1899), Haushalt, hingerichtet 30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Pech Johann (geb. 13.5.1896), Bergarbeiter, hingerichtet 7.9.1943  
Peschke Alfons (geb. 2.11.1905), Schneidergehilfe, hingerichtet 16.6.1943  
Peterka Anton (geb. 22.12.1905), Angestellter, hingerichtet 1.7.1943  
Paternely Ing. Karl (geb. 6.3.1917), Textiltechniker, hingerichtet 15.2.1943  
Picher Alois (geb. 5.9.1902), Hilfsarbeiter, hingerichtet 7.1.1943  
Pichler Siegfried (geb. 10.2.1911), Baggerführer, hingerichtet 7.9.1943  
Pickl Karl (geb. 9.3.1918), Spinner, hingerichtet 16.3.1943  
Pista Matthias (geb. 12.1.1894), Wohlfahrtsamtsleiter, hingerichtet 13.4.1943  
Platzek Josef (geb. 17.8.1912), Hilfsarbeiter, hingerichtet 8.10.1943  
Plocek Johann (geb. 19.5.1890), Straßenbahnschaffner, hingerichtet

- 30.3.1943  
Plotnarek Franz (geb. 6.10.1904), Mechanikergehilfe, hingerichtet  
16.3.1943  
Pölzhofer Johann (geb. 21.10.1894), Elektrotechniker, hingerichtet  
1.7.1943  
Pötsch Franz (geb. 25.11.1899), Schaffner, hingerichtet 15.1.1943  
Pokorny Ernst (geb. 23.12.1913), Ziegelbrenner, hingerichtet  
19.11.1943  
Pregler Friedrich (geb. 10.7.1913), Anstreichergehilfe, hingerichtet  
19.11.1943  
Pristovnik Franz (geb. 30.7.1910), Landwirt, hingerichtet 29.4.1943  
Puschmann Erwin (geb. 8.2.1905), Schlossergehilfe, hingerichtet  
7.1.1943  
Puttinger Wilhelm (geb. 22.12.1906), Maler und Anstreicher, hingerichtet  
14.7.1943  
Reingruber Franz (geb. 25.9.1921), Elektromechaniker, hingerichtet  
22. 10. 1943  
Reisinger Anton (geb. 31.5.1903), Mechanikergehilfe, hingerichtet  
4.8.1943  
Remes Bernhard (geb. 24.1.1892), Landwirt, hingerichtet 30.6.1943  
wegen „Feindbegünstigung“  
Remes Cyrill (geb. 27.7.1896), landwirtschaftlicher Arbeiter, hingerichtet  
30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Remes Karl (geb. 12.10.1912), Maurergehilfe, hingerichtet 15.1.1943  
wegen „verbotenen Waffenbesitzes“  
Remes Ignaz (geb. 3.11.1902), Hilfsarbeiter, hingerichtet 30.6.1943  
wegen „Feindbegünstigung“  
Remes Josef (geb. 5.9.1898), Maurergehilfe, hingerichtet 30.6.1943  
wegen „Feindbegünstigung“  
Remes Klara (geb. 16.8.1901), Haushalt, hingerichtet 30.6.1943 wegen  
„Feindbegünstigung“  
Remes Ludmilla (geb. 17.1.1924), Haushalt, hingerichtet 30.6.1943  
wegen „Feindbegünstigung“  
Riedl Johann (geb. 11.9.1894), Versicherungsbeamter, hingerichtet  
7.9.1943  
Rosenberger Otto (geb. 23.11.1902), Eisendreher, hingerichtet  
1.7.1943  
Rothmann Johann (geb. 21.10.1899), Bahnangestellter, hingerichtet  
13.4.1943  
Rousek Ernst (geb. 27.10.1917), Lithograph, hingerichtet 29.4.1943  
Rozporka Walter (geb. 25.3.1907), Maurer, hingerichtet 5.3.1943  
Rozsypal Cyrill (geb. 8.3.1886), Hilfsarbeiter, hingerichtet 30.6.1943  
wegen „Feindbegünstigung“  
Rozsypal Philomena (geb. 18.9.1885), Haushalt, hingerichtet  
30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Sablatnig Johann (geb. 3.9.1895), Bahnangestellter, hingerichtet  
13.4.1943  
Sachs Franz (geb. 20.12.1906), Schriftenmaler, hingerichtet 14.7.1943  
Sattler Johann (geb. 1.4.1905), Wagenschlosser, hingerichtet 2.6.1943  
Schmaldienst Franz (geb. 26.10.1899), Werkführer, hingerichtet  
15.1.1943  
Schupanz Michael (geb. 31.8.1909), Schuhmachergehilfe, hingerichtet  
29.4.1943  
Schuster Karl (geb. 10.2.1910), Buchdruckergehilfe, hingerichtet  
13.4.1943  
Schwarzböck Josef (geb. 24.3.1901), Bauschlosser, hingerichtet  
15.2.1943  
Sebek Franz (geb. 30.4.1901), Kranführer, hingerichtet 7.1.1943  
Seifried Franz (geb. 4.1.1915), Reichsbahner, hingerichtet 1.7.1943  
Senninger Johann (geb. 10.8.1895), Bahnarbeiter, hingerichtet  
29.4.1943  
Seper Josef (geb. 28.4.1907), Angestellter, hingerichtet 28.1.1943  
Serfecz Josef (geb. 3.3.1918), städtischer Angestellter, hingerichtet  
8.10.1943  
Skrabal Maria (geb. 18.2.1923), Haushalt, hingerichtet 30.6.1943  
wegen „Feindbegünstigung“  
Slaby Leopold (geb. 15.2.1896), Straßenbahnschaffner, hingerichtet  
30.3.1943  
Sochor Maria (geb. 4.9.1912), Haushalt, hingerichtet 30.6.1943 wegen  
„Feindbegünstigung“  
Soukup Alexander (geb. 6.1.1901), Schlossergehilfe, hingerichtet  
7.9.1943  
Spatz Ernst (geb. 13.1.1907), Schlossergehilfe, hingerichtet 13.4.1943  
Spulka Rudolf (geb. 1.11.1895), Schuhmachermeister, hingerichtet  
15.1.1943  
Srch Gustav (geb. 26.1.1904), Drehergehilfe, hingerichtet 15.1.1943  
Stampfl Franz (geb. 18.9.1895), Schlossergehilfe, hingerichtet 7.1.1943  
Stein Alfred (geb. 20.2.1905), Schweißergehilfe, hingerichtet 15.1.1943  
Steindl August (geb. 1.5.1900), Zugführer, hingerichtet 26.2.1943  
Stepanek Franz (geb. 11.2.1913), Statistiker, hingerichtet 17.5.1943  
Stix Friedrich (geb. 2.2.1895), Straßenbahnangestellter, hingerichtet  
30.3.1943  
Stockinger Antonie (geb. 23.12.1905), Haushalt, hingerichtet  
16.3.1943  
Stobla Johann (geb. 24.11.1887), Eisenbieger, hingerichtet 19.11.1943  
Strasser Leopold (geb. 14.11.1903), Bahnangestellter, hingerichtet  
29.4.1943  
Strauss Johann (geb. 22.6.1898), Maschinenschlosser, hingerichtet  
28.1.1943  
Strohmer Franz (geb. 6.8.1912), Elektromonteur, hingerichtet  
19.11.1943  
Sturm Rudolf (geb. 9.8.1913), Motorführer, hingerichtet 13.4.1943  
Sturm Theodor (geb. 23.9.1910), Buchbindermeister, hingerichtet  
30.6.1943 wegen „Feindbegünstigung“  
Suess Dr. Walter (geb. 18.4.1912), Arzt, hingerichtet 28.1.1943  
Swoboda Franz (geb. 24.6.1898), Eisendrehergehilfe, hingerichtet  
2.6.1943  
Tesarik Franz (geb. 21.3.1912), Schneidergehilfe, hingerichtet  
17.5.1943  
Teufel Johann (geb. 12.12.1896), Tischler, hingerichtet 16.6.1943  
Timer Waldemar (geb. 10.1.1897), Angestellter, hingerichtet 28.1.1943  
Tobisch Wilhelm (geb. 20.11.1902), Spenglergehilfe, hingerichtet  
17.5.1943  
Tomasek Karl (geb. 17.12.1906), Werkzeugschlosser, hingerichtet  
23.9.1943  
Tomasek Leopold (geb. 14.10.1900), Straßenbahner, hingerichtet  
28.1.1943  
Treffler Rudolf (geb. 3.7.1904), Bahnangestellter, hingerichtet  
13.4.1943  
Tuma Anton (geb. 24.2.1895), Schneidermeister, hingerichtet  
16.3.1943  
Uebel Oskar (geb. 22.10.1895), Gemeindeangestellter, hingerichtet  
15.1.1943 wegen „Abhörens ausländischer Sender“  
Urach Hedwig (geb. 20.8.1910), Schneiderin, hingerichtet 17.5.1943  
Wagner Matthias (geb. 25.10.1894), Straßenbahner, hingerichtet  
16.3.1943  
Wallner Johann (geb. 24.1.1905), Schlossergehilfe, hingerichtet  
28.1.1943  
Weinfurter Leopold (geb. 22.5.1895), kaufmännischer Angestellter,  
hingerichtet 15.2.1943  
Weinzierl Franz (geb. 14.9.1912), Landwirt, hingerichtet 29.4.1943  
Weixlbraun Wilhelm (geb. 8.5.1896), Buchdruckergehilfe, hingerichtet  
5.3.1943  
Winkelmann Franz (geb. 6.9.1901), kaufmännischer Angestellter,  
hingerichtet 8.10.1943  
Winkler Franz (geb. 12.12.1920), Schlosserlehrling, hingerichtet  
1.7.1943 wegen „Fahnenflucht“  
Zaynard Hermine (geb. 25.5.1913), technische Zeichnerin, hingerichtet  
19.11.1943  
Zeidler Franz (geb. 17.10.1903), Elektromechaniker, hingerichtet

19.11.1943

Zeinzinger Johann (geb. 21.12.1902), Hilfsarbeiter, hingerichtet

1.7.1943

Zoul Wladimir (geb. 4.11.1914), Schneidiergehilfe, hingerichtet

17.5.1943

Quelle: [http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1080\\_landesgerichtweihestaette.php](http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1080_landesgerichtweihestaette.php)

Anton Bergauer ■



Gerald Netzl



# ARGE-Gedenken im Frühjahr 2023

Ingrid Antes



**v. l. n. r. Norbert Kastelic, Dagmar Schindler, Friedl Garscha, Volkmar Harwanegg**

jedes Jahr Bezirksvorsteher Gen. Georg Papai mit uns, im Landesgericht Wien dessen Präsident Friedrich Forsthuber.

Am 26. März gedachten ARGE und Stadt Krems mit der Verlesung der Namen aller 295 Opfer des Massakers zu Kriegsende in Stein - 251 Menschen tötete SS am 6. und 7. April, 44 wurden am 15. April hin-



Stadt Krems

**Volkmar Harwanegg, Winfried Garscha, Dagmar Schindler, Klaus Bergmaier, Norbert Kastelic, Ernst Wolrab**

gerichtet. Am Gedenken nahmen zahlreiche politische VertreterInnen, hochrangige internationale Gäste und KremserInnen teil.

Am 31. März erinnerten 30 TeilnehmerInnen bei der Gedenktafel im Wiener Westbahnhof (obere Ebene, beim ANKER) an den ersten Transport von österreichischen Nazi-Gegnern am 1. April 1938 ins Konzentrationslager Dachau. Die Gedenkrede hielt Friedl Garscha, mit dabei war auch Ernst Berger, Vorsitzender der österreichischen Lagergemeinschaft Dachau.

Ingrid Antes



**v. l. n. r. Friedl Garscha, Ernst Berger, Norbert Kastelic, Gerald Netzl**

Gerald Netzl ■





# Landesehrung für Amalia Sadovnik

Am 24. Februar zeichnete Landeshauptmann Gen. Peter Kaiser die Überlebende des Peršmanhof-Massakers vom 25. April 1945 Amalia Sadovnik mit dem Ehrenzeichen des Landes Kärnten aus. Diese Ehrung gibt den Opfern und deren Nachkommen Würde, Wertigkeit und Anerkennung.

Heute ist der Peršmanhof oberhalb von Bad Eisenkappel / Železna Kapla Gedenkort und Museum. Am 25. April 1945, wenige Tage vor Ende des Zweiten Weltkrieges, fand hier ein schreckliches Kriegsverbrechen statt. Vier Erwachsene und sieben Kinder der Familien Sadovnik und Kogoj wurden von Angehörigen des SS-Polizeiregiments 13 ermordet. Zwei Töchter der Bauernfamilie, Ana und Amalia Sadovnik, wurden schwer verletzt von den Tätern für tot gehalten. Erst einen Tag später wurden sie inmitten der Verstorbenen gefunden und ins Krankenhaus gebracht.

Peter Kaiser verlieh Amalia Sadovnik im Gemeindeamt Eisenkappel-Velach / Železna Kapla-Bela das Ehrenzeichen des Landes Kärnten stellvertretend für alle Opfer aus der Peršmanfamilie.

„Diese Landesausszeichnung soll den Opfern des Massakers und auch ihren Nachkommen die Würde, Wertigkeit und Anerkennung geben, die der Familie über Jahrzehnte verwehrt wurde“, betonte Kaiser. „Mit der Ehrung verbunden ist auch die Entschuldigung für alles, das von Ihnen ausgehalten werden musste“, so der Landeshauptmann, der sich bei der Ehrenzeichenverleihung an Amalia Sadovnik persönlich sehr berührt zeigte. „Heute können wir in Freiheit, Würde und einem Miteinander in Kärnten/Koroška leben, das ist auch Ihr Verdienst“, so Kaiser.

Erst 2015 - nach 70 Jahren - trafen sich alle Nachkommen der Peršmanfamilie erstmals mit den damals nur noch zwei überlebenden Opfern für ein nicht öffentliches Gedenken am Hof. Am 18. September 2020 gedachten schließlich das offizielle Österreich und das offizielle Slowenien mit den beiden Parlamentspräsidenten erstmals mit den Nachkommen und den beiden überlebenden Opfern des Massakers. Am 18. Juli 2022



L.P.D. Kärnten/Vah

**Amalia Sadovnik und LH Peter Kaiser, Gen. Kaiser ist stv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Kärnten**

erfolgte am Peršmanhof eine Kranzniederlegung mit dem slowenischen Staatspräsidenten Borut Pahor im Beisein von Landeshauptmann Peter Kaiser und der noch letzten Überlebenden, Amalia Sadovnik. Die Redaktion gratuliert herzlich.

Webtipp zum Peršmanhof: [www.persman.at](http://www.persman.at)

Landespressedient / Gerald Netzl ■

## Die Auszeichnungen unseres Bundes

Unser Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen vergibt drei Auszeichnungen. Wir haben letztmalig 2017 darüber informiert und wollen das an dieser Stelle wieder tun, da wir erfreulicherweise in den vergangenen sechs Jahren viele neue Mitglieder gewinnen konnten.

Mit der Schaffung der Otto-Bauer-Plakette anlässlich seines 30. Todestages im Jahr 1968 sollte das Andenken an diesen großen Sozialisten wachgehalten werden. Die Otto-Bauer-Plakette kann verliehen werden:

An Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei,  
für besondere Verdienste im Freiheitskampf gegen den Faschismus,  
für besondere Verdienste um die sozialistische Arbeiterbewegung,  
für besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus.

In 55 Jahren wurden an die 200 Genossinnen und Genossen damit geehrt.

Mit der Schaffung der Rosa-Jochmann-Plakette im Jahr 2015 wollen wir an unsere langjährige Vorsitzende erinnern.

Die Rosa-Jochmann-Plakette kann verliehen werden:

An Personen, die nicht Mitglied der SPÖ sind,  
für besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus.

In Ausnahmefällen kann sie auch an SPÖ-Mitglieder verliehen werden. Aktuell tragen 30 Personen diese Plakette. Für beide Auszeichnungen gilt, dass der Beschluss durch den Bundesvorstand einstimmig gefasst werden muss.

Das Goldene Ehrenabzeichen unseres Bundes wurde geschaffen um jene Genossinnen und Genossen zu ehren, die als Funktionärinnen und Funktionäre durch ihre Mitarbeit unseren Bund tragen. Voraussetzung ist eine Funktion von mindestens 10 Jahren, die Vergabe erfolgt durch die Bezirksgruppe oder den Landesverband.

Gerald Netzl ■



Gerald Netzl

# Eine antifaschistische Internationale (Teil 1)

Zwei Beiträge sollen die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, ihre Geschichte und ihr politisches Profil vorstellen. Als Autor konnten wir Ulrich Schneider gewinnen, den Generalsekretär der Organisation.

Unmittelbar nach der Zerschlagung der faschistischen Barbarei in Europa gründeten ehemalige politische Gefangene der Konzentrationslager und Gefängnisse des faschistischen Deutschlands in Warschau die Organisation FIAPP (Federation internationale des anciens prisonniers politiques). Diese Organisation umfasste als Dachorganisation Veteranenverbände aus Ost und West. Der Kalte Krieg und die Blockbildung, die auch die Überlebenden der faschistischen Verfolgung und ihre Verbände erfasste, führte dazu, dass im Juni 1951 eine Neugründung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) erfolgte, mit der es gelang, Organisationen von ehemaligen WiderstandskämpferInnen, Deportierten und Internierten, Aktive unterschiedlicher politischer Richtungen und aus allen europäischen Ländern zu integrieren. Sie hatte ihren Sitz in Wien - nicht zuletzt wegen der österreichischen Neutralität ab 1955 - im Sekretariat des KZ-Verbands in der Lassallestraße.

Ihre Hauptaufgabe sah die FIR in dieser Zeit im Handeln gegen politische Restauration und Renazifizierung sowie die drohende Kriegsgefahr in Europa. Sie trat ein für das politische Vermächtnis der Überlebenden wie im „Schwur von Buchenwald“: „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln. Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit!“

Die FIR unterstützte die Verfolgten des NS-Regimes in ihren sozialen und medizinischen Belangen und setzte sich für die Erinnerung an den Kampf der Partisanen und illegalen Widerstandsgruppen in allen Ländern ein. Gegen das Wiedererstarken neofaschistischer Gruppen dokumentierte die FIR die Realität der faschistischen Verbrechen. In den fünfziger und sechziger Jahren organisierte sie mehrfach Kongresse zu medizinischen, politischen und historischen Themen. Die Historische Kommission veröffentlichte den ersten Gesamtüberblick über die Widerstandsbewegung in verschiedenen Ländern Europas.

In der Zeit des Kalten Krieges war die politische Arbeit der FIR stark mit der Frage des Friedens, der Abrüstung, der Verständigung und der Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Systeme verbunden. Die FIR gab dem ehemaligen Widerstand eine Stimme gegen die militärische Konfrontation. Die Mitgliedsverbände aus West- und Osteuropa starteten verschiedene Initiativen zur Überwindung der Konfrontationspolitik. Gemeinsam mit anderen Dachorganisationen, zum Beispiel dem Weltveteranenverband (WVF/FMAC), bereitete die FIR das „Welttreffen ehemaliger Kriegsteilnehmer für Abrüstung“ 1979 in Rom vor. Aufgrund der vielfältigen Aktivitäten und Initiativen für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit wurde die FIR von den Vereinten Nationen zum „Botschafter des Friedens“ ernannt.

Gegen die offenen Aktivitäten faschistischer Traditionsverbände wie HIAG („Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“) und neofaschistischer Gruppen organisierte die FIR in den 1980er Jahren in Straßburg und Köln Massendemonstrationen und andere Aktivitäten.

Als wichtiger Teil des Erinnerns war die FIR Mitorganisatorin internationaler Gedenkaktionen an Märtyrerorten in verschiedenen europäischen Ländern. Diese Arbeit konnte sie nur gemeinsam mit den jeweiligen nationalen Mitgliedsverbänden umsetzen.

Zu erinnern ist auch an die Menschen, die 50 Jahre das Büro in Wien organisierten. Zu nennen ist besonders Oskar Wiesflecker (1919-2009), der seit 1960 Chefredakteur der Zeitschrift „Der Widerstandskämpfer“, später Generalsekretär die FIR war.

In den 1990er Jahren musste die FIR auf die Veränderung der politischen Wirklichkeit in der Welt reagieren. Die sozialen und politischen Probleme der Verfolgten und WiderstandskämpferInnen in den ehemals sozialisti-



schen Ländern wuchsen, die finanziellen Mittel gingen zurück und das Durchschnittsalter der Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung wurde immer höher. Viele Mitgliedsverbände hatten zwar Familienangehörige als Mitglieder zugelassen, eine politische Öffnung für Nachgeborene, wie z.B. bei der bundesdeutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes 1971 zum „Bund der Antifaschisten“, gab es nicht. Das führte zu Problemen, die auch die FIR erreichten. Anfang der 2000er Jahre musste das Büro in Wien schließen. Der Sitz der Dachorganisation wechselte nach Berlin in die Geschäftsstelle der VVN-BdA. Auf dem XIII. regulären Kongress der FIR in Berlin 2004 wurde zudem die Struktur der FIR für die nachgeborenen Generationen geöffnet, indem die Mitgliedsverbände eine neue Satzung verabschiedeten, die die Integration junger Antifaschistinnen und Antifaschisten vorsieht. Seit damals trägt die Organisation den Namen: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten.

**Webtipp:** [www.fir.at](http://www.fir.at)

Ulrich Schneider ■



# Zuviel und Zuwenig

Vor 70 Jahren wurde die VVN in der DDR verboten

Im Februar 1947 gründete sich in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Dem Gründungskongress vorangegangen waren Gründungen von VVN-Gruppen überall in Deutschland. Die TeilnehmerInnen, deren Zahl die 200 überstieg, teilten die Einsicht, dass es einer speziellen Organisation bedurfte, die Widerstand gegen den Naziterror geleistet hatten, die von faschistischen Schergen verfolgt und ausgegrenzt worden waren. Gleichzeitig bestand der Wunsch nach einem Interessenverband, der die verschiedenen Strömungen, seien sie politischer oder religiöser Natur, abbildete und von allen vier Besatzungsmächten gebilligt würde. Zentrales Gründungselement war daher auch die Kampfbereitschaft für Einheitlichkeit, sowohl der VVN als auch des deutschen Staates, dessen Teilung sich am fernen Horizont schon abzuzeichnen begann. Dieser Wunsch nach Einheitlichkeit wurde von den realpolitischen Ereignissen schnell zerrieben.

Bereits Ende der 1940er Jahre gab die VVN in der Sowjetischen Besatzungszone den Wunsch nach Überparteilichkeit auf, indem sie die Ziele der SED zu ihren eigenen erklärte. Die politischen Ereignisse um die Staatsgründung der DDR im Oktober 1949 wirkten so ebenfalls auf die Entwicklung der VVN. Dazu gehörte auch die Einteilung der durch den Faschismus Verfolgten in solche, die ihm zum Opfer gefallen waren und solche, die Widerstand gegen ihn geleistet hatten. Gleichzeitig wurde enger definiert, wer zum Widerstand gehört hatte, indem nur der explizit kommunistische Widerstand als wirklicher Widerstand akzeptiert wurde. Verfolgte, die auf Basis ihres Glaubens Widerstand geleistet hatten, fielen so aus dem öffentlichen Gedächtnis heraus. Eine Hierarchisierung der Verfolgten, die die aktiven Kämpfer gegen den Nationalsozialismus hervorhob und jene, die aus religiösen oder rassistischen Gründen, oder ihrer sexuellen Orientierung / Identität wegen verfolgt wurden, als zweitrangig erklärte, ist nicht von der Hand zu weisen.

Auf den Tag genau sechs Jahre später, im Februar 1953, löste die SED die VVN auf. Der Beschluss zur Abwicklung erfolgte unvermittelt und war nicht etwa der Höhepunkt oder das Ergebnis einer zuvor geführten Debatte. Vielmehr wurde beschlossen, die Aufgaben der VVN seien erfüllt und ihre Existenz deshalb obsolet geworden. Innerhalb der VVN regte sich wenig Widerstand gegen die eigene Auflösung, man ging davon aus, der Beschluss der Parteiführung hätte seine Richtigkeit. Es erfolgte die Gründung der Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die eng mit der SED zusammenarbeiteten und ebenfalls eng mit der VVN der BRD in Kontakt standen. Die Gründe der Auflösung der VVN sind Material zur Spekulation. Am wahrscheinlichsten scheint, dass die SED in der VVN Anflüge politischer Non-Konformität ausmachte. Die Gründung der Komitees mit ihrem Anspruch des hegemonialen Antifaschismus unterstreicht diese These. Gleichzeitig beschuldigte die SED jüdische Mitglieder der VVN der Zusammenarbeit mit sogenannten zionistischen Agenten, woraufhin viele Zuflucht in der BRD suchten.

Linke antifaschistische Politik heute sollte sich dieser historischen Dimension der machtpolitischen Vereinnahmung durch die SED bewusst sein, um den Versuchen, den Begriff vollkommen zu entpolitisieren, etwas entgegengesetzt zu können.

Im Zuge der deutschen Vereinigung 1990 und danach und der dazu nötigen Delegitimierung der DDR wurde von bundesrepublikanischer Seite am staatstragenden Pfeiler des Antifaschismus gehörig zu wackeln versucht. Es wurde erklärt, der Antifaschismus sei den BürgerInnen des ostdeutschen Staates nur per Gesetz verordnet worden, ohne dass sie diesen überhaupt verinnerlicht hätten. Einerseits bemängelte man, die DDR hätte zu viel Antifaschismus gehabt, den falschen, kommunistisch-totalitären nämlich, und gleichzeitig nicht genug, hatte sie doch nicht alle BürgerInnen mit NSDAP-Parteibuch ins Gefängnis gebracht. Außerdem konnte man so einen richtigen, bürgerlichen Antifaschismus gegen einen falschen, totalitären Antifaschismus propagieren. Diese ideologisierende Legende



kommt heute noch zum Tragen, wenn Mitglieder der CDU verkünden, Demokraten (wie sie) müssten Antifaschisten sein, weil sie sonst keine Demokraten wären, während sie gleichzeitig den Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft schüren. Antifaschistische Organisation, die sich ihres historischen Erbes bewusst ist, kann sich nur im Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Militarisation beweisen.

Kristin Caspary (Erstveröffentlichung antifa März/April 2023, wir danken für die Erlaubnis zum Abdruck.)

Zum Weiterlesen:

Elke Reuter, Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953, Edition Ost (1997)

Kristin Caspary ■



# Braune Unis

„... obwohl ich zugeben musste, dass Mussolini und Hitler Ordnung gemacht und ihre Länder zu Blüte gebracht hatten ...“ Entnazifizierung an österreichischen Universitäten.

Das im Titel angeführte Zitat schrieb Hans Pirchegger, lange Jahre Professor für Geschichte an der Universität Graz und Vorsitzender des Historischen Vereins, 1961 in seine „Lebenserinnerungen“. Dass er als Mitglied der NSDAP 1945 aus dem Universitätsdienst - eher eine Ausnahme - entlassen worden war, hat er wohl, selbst nach Jahren des Abstands, als unakzeptable Ungerechtigkeit empfunden. Mit dieser Einschätzung stieß er freilich in weiten Teilen der Bevölkerung auf wohlwollende Zustimmung.

„Verdrängen und vergessen“ - so, und damit sehr treffend, beginnt der Rektor der Universität Graz, aktuell Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, sein Vorwort für den bemerkenswerten Sammelband *Der „schwierige“ Umgang mit dem Nationalsozialismus an österreichischen Universitäten*.

Im ersten Hauptkapitel beleuchten die HerausgeberInnen Heimo Halbrainer, Susanne Korbel, Gerald Lamprecht und ihre MitautorInnen die Entwicklung der Universität Graz in der - noch - demokratischen Ersten Republik, das Abgleiten in eine gleichgeschaltete Einrichtung der autoritären austrofaschistischen Diktatur, ihren Werdegang nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 an das nationalsozialistische Deutsche Reich und schließlich der Entnazifizierung nach 1945. Letztere ist, das darf als bekannt vorausgesetzt werden, vielfach gescheitert.

Gerald Lamprecht weist bereits im ersten Unterkapitel auf eine Besonderheit der Grazer Universität hin, die sie etwa von jener in der Bundeshauptstadt unterscheidet. In Graz fand der ideologische - und vielfach auch handgreifliche - Bodenkampf nicht in erster Linie, wie an der Universität Wien, zwischen dem demokratisch progressiven Lehrenden und Studierenden - Liberalen und SozialdemokratInnen - einerseits und jenen Rechtsextremen andererseits statt, die bereits vielfach als ein ideolo-

gisch nur schwer unterscheidbares antidemokratisches und radikal antisemitisches, ja faschistisches Konglomerat bezeichnet wurden. Vielmehr teilten sich in Graz, mehr oder weniger, christlichsoziale und deutschnationale Korporationen die „Kampfzone Universität“. Früh destabilisierten sie die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen der jungen Republik, spätestens ab 1927 verfolgten sie unverhohlenen jene politischen Vorstellungen, die schließlich in der autoritären austrofaschistischen Diktatur 1933-1938 und der totalitären nationalsozialistischen Diktatur 1938-1945 traurige Wirklichkeit werden sollten.

Was dieses rechtsextreme Milieu unter anderem einigte, bringt Lamprecht so auf den Punkt: „Auch wenn es zwischen katholischen und nationalen Studenten heftige Widersprüche gab, so konnten die antisemitischen und deutschnationalen Studenten im Bereich des Antisemitismus jedoch stets auf eine formelle Allianz mit den katholischen Studenten sowie informelle Allianzen mit deutschnationalen Professoren zählen.“ (Seite 21)

Die weiteren Beiträge des ersten Unterkapitels, kompetent und informativ verfasst von Hans Peter Weingand, Georg Gänser, Marco Jandl, Anna Klieber, Thomas Knapp, Ilse Korotin, Bernhard Thonhofer und Andrea Kreditsch, beschäftigen sich mit der Nachkriegszeit und dem - meist vergeblichen - Bemühen, die Universität Graz von ihrem nationalsozialistischen Gedankengut und ihrem ewig gestrigen Lehrpersonal zu befreien. Was die Zeit des Austrofaschismus betrifft, war ein solches Bemühen, mangels Problembewusstseins, ohnehin von vornherein obsolet.

Erst wissenschaftliche Ausstellungen und Publikationen jüngerer Datums - zu nennen wären hier vor allem die bahnbrechende Ausstellung des Jüdischen Museums Wien 2015/16 samt dem begleitenden Katalog „Die Universität. Eine Kampfzone. The University. A Battleground“ sowie die Dissertation von Linda Erker „Die Universität Wien im Austrofaschismus“ - haben deutlich aufgezeigt, dass die schwarz-braunen, will heißen:

austrofaschistisch-nationalsozialistischen Netzwerke an österreichischen Universitäten bis spät in die Nachkriegszeit hielten.

Die üblichen Strategien an den Universitäten, eine historisch-politische Aufarbeitung im Sinne eines modernen demokratischen Staatsverständnisses und die dazu notwendige Entnazifizierung zu unterlaufen, entlarvt Heimo Halbrainer am Beispiel des Grazer Instituts für Geschichte. Schwer belastete Professoren, wie Ferdinand Bilger, werden in Bittbriefen von Rektoren und Dekanen an Entnazifizierungskommissionen als „unentbehrlich“ erklärt, um sie vor der „staatlichen Säuberung“ zu retten.

Die Geschichte der vertriebenen und ermordeten Professoren und Studierenden interessierte (zu) lange ebenso wenig wie die Karrieren jener, die die Ziele der Diktaturen unterstützt und mitgetragen, zumindest aber davon profitiert hatten. Halbrainer nennt als Ansatz einer ersten ernsthaften Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der Universität Graz den Band „Grenzfesten Deutscher Wissenschaft“, erschienen 1985 anlässlich der 400-Jahrfeier der Universität Graz. (Seite 142)

Im zweiten Hauptkapitel werden Parallelen zu anderen österreichischen Universitäten aufgezeigt, vor allem aber auch unterschiedliche Geschwindigkeiten der antifaschistischen Aufarbeitung. Hans Peter Weingand beschäftigt sich, in seinem zweiten Beitrag, mit der Technischen Hochschule Graz, Markus Lenhard und Julia Mair untersuchen die Kunstuniversität Graz. Die Entnazifizierung an den Wiener Universitäten und wissenschaftlich orientierten Instituten wiederum beschreiben Walter Manoschek, Hans und Roman Pfefferle, Juliane Mikoletzky, Alexandra Wieser, Lisa Retzl, Johannes Koll, Paulus Ebner, Gunnar Mertz, Johannes Feichtinger und Sandra Klos.

Ina Friedmann und Dirk Rupnow, Universität Innsbruck, beschreiben ein Phänomen, das wohl für alle österreichischen Universitäten zutrifft: „Dass aber mit der wachsenden Distanz zum Nationalsozialismus die Vorbehalte gegenüber seinen VertreterInnen quasi proportional abnahm, ermöglichte die Wiedereingliederung auch exponierter Nationalsozialisten - wie etwa das Beispiel Harold Steina-



cker zeigt - in die wissenschaftliche Community.“

Und die beiden kritisieren auch die mangelnde Aufarbeitung der österreichischen Diktatur 1933-1938; und loben im Gegenzug neuere Entwicklungen: „Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Jahren des Austrofaschismus wie mit jenen der NS-Herrschaft konnte daher erst erfolgen, als eine neue Generation von AbsolventInnen an die österreichischen Universitäten kam und durch die wachsende zeitliche Distanz auch die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit als nunmehr historischem Zeitabschnitt möglich wurde.“

Eine Entnazifizierung hätte freilich auch jenen (ehemaligen) Nationalsozialisten gutgetan, die nach Zusammenbruch des NS-Regimes bevorzugt „an die Hochschulen der Steiermark und Tirols“ flüchteten, hier inskribierten, vielfach ihr Studium auch abschlossen - und, so ist in den meisten Fällen zu vermuten, weiterhin ihr überkommenes Gedankengut hoch hielten. Ein einfaches Abstreiten ihrer Gesinnung vor den Behörden reichte wohl aus, um ihre „Wiedereingliederung“ zu bestätigen.

Alles in allem ist dieser zeitgeschichtliche Sammelband ein wichtiger Baustein für ein historisch-adequates Selbstverständnis an den höchstrangigen Bildungs- und Forschungsinstituten unserer demokratischen Republik. Die Lektüre darf empfohlen werden.

Werner Anzenberger ■

Heimo Halbrainer, Susanne Korbel, Gerald Lamprecht:

*Der „schwierige“ Umgang mit dem Nationalsozialismus an österreichischen Universitäten*. Die Karl-Franzens-Universität Graz im Vergleich, Verlag Clio, Graz 2022, ISBN 978-3-902542-74-8, 530 Seiten, € 29,50.



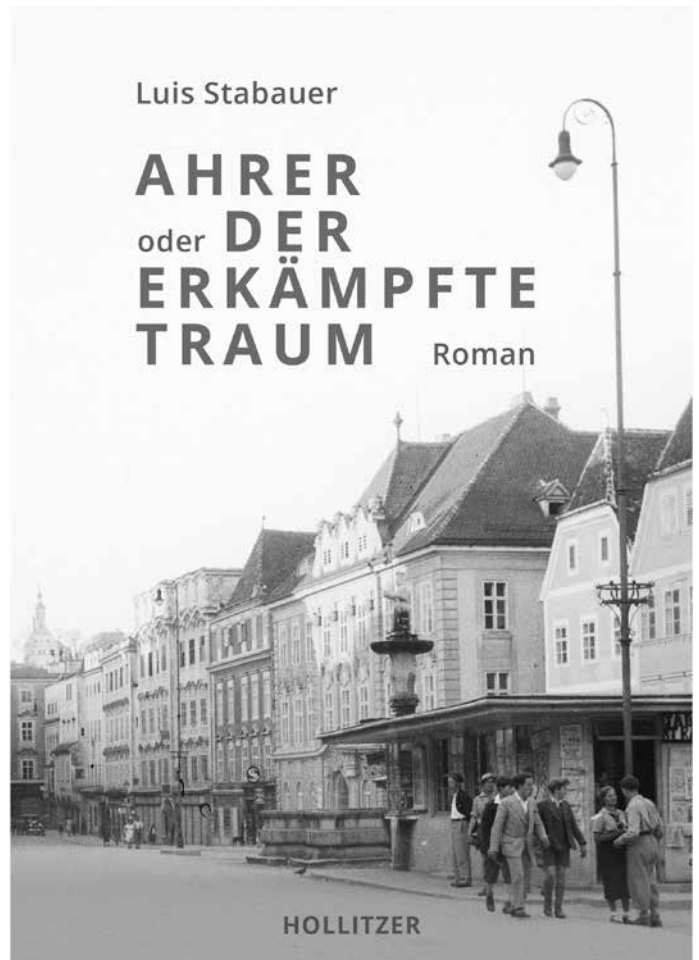
# Ahrer oder der erkämpfte Traum

Luis Stabauer schickt seine Leserinnen und Leser auf eine Zeitreise durch die Welt und die Geschichte, begleitet von einer Protagonistin und einem Protagonisten. Der Autor verbindet die Ergebnisse seiner historischen Recherche in Steyr und Uruguay mit den eigenen Fiktionen. So entsteht ein gut lesbarer, historisch-fiktionaler Roman.

Die Reise beginnt in Steyr der Zwischenkriegszeit. Maria Ahrer, die erste Protagonistin des Romans, führt durch die Ausweglosigkeit und die elenden Lebensumstände der Arbeiterinnen und Arbeiter der 1920er und 1930er Jahre. Nach den Februarkämpfen 1934 tut sie ihr Möglichstes, um ihren Bruder vor der Hinrichtung durch die Heimwehr zu bewahren und scheitert. Sie entschließt sich, ihre Familie zu verlassen und nach Uruguay auszuwandern. Auf der Überfahrt verliebt sie sich in einen jungen Mann, der aus Italien vor den Faschisten flieht. Sie findet für wenige Jahre ihr persönliches Glück, bis die Schergen der Militärdiktatur ihren Mann Pino ermorden. Maria wird zur alleinerziehenden Mutter eines talentierten Sohnes José, dem zweiten Protagonisten des Romans. Er studiert in Uruguay und engagiert sich, wie zuvor seine Eltern, gegen die Diktatur. Als Mitbegründer der Stadtguerilla landet er zuerst für mehrere Jahre im Gefängnis und wird schließlich zum gefeierten Präsidenten. Als älterer Mann reist er nach Steyr, in die Heimat seiner Mutter, und lernt dort seinen Cousin, den Sohn seines hingerichteten Onkels Josef Ahrer, kennen.

Luis Stabauer stellt bildhaft das Leben wie auch das Sterben jener dar, die sich gegen Faschismus und Diktatur wandten. Durch den im Roman dargestellten Vergleich rücken der Kampf für die Demokratie und gegen den Faschismus in Lateinamerika und in Europa näher zusammen.

Luis Stabauer: Ahrer oder der erkämpfte Traum, Hollitzer, Wien 2023, ISBN: 978-3-99094-066-2, 216 Seiten, € 22,00



## Wir gratulieren: April bis Juni 2023

**99. Geburtstag:** Focke Franz, Wien, **97. Geburtstag:** Prammer Anna, Linz; Siczkowsky Anna, Wien, **95. Geburtstag:** Kalod-Födinger Margareta, Seewalchen am Attersee; Kalauner Alwis, Wien, **94. Geburtstag:** Humitsch Hubert, Klagenfurt; Mlnarik Adolf, St. Pölten; Pilar Alfred, Wien, **93. Geburtstag:** Derflinger Maria, Steyr; Lanc Erwin, Harant Eduard, Kosar Hans, Wien, **92. Geburtstag:** Langfellner Ingeborg, Linz; Strobl Alfred, Zahel Leo, Wien, **91. Geburtstag:** Fischer Benedikt, Attnang-Puchheim; Sedlmayer Hans, Hagenbrunn; Resler Josef, Orzel Maria, Greilinger Karl, Wien; Hahnler Erika, Wr. Neustadt; Lukaschitz Franz, Zwölfaxing, **90. Geburtstag:** Ussar Siegfried, Leoben; Blecha Karl, Hanke Erik, Wien, **85. Geburtstag:** Mark Irmgard, Imst; Sindl Ursula, Kickingner Adolf, St. Pölten; Foller Adolfine, Androsch Hannes, Krakowitzer Regina, Titz Günther, Pichler Boog Fredrique, Wien; Daxböck Walter, Wilhelmsburg, **80. Geburtstag:** Gitzi Stefan, Eggendorf; Senger Helmut, Grillenstein; Konrad Matthias, Leoben; Brenner Helga, Musileck Edeltraud, Linz, Donau; Muckenschnabel Willi, Mödling; Wögerer Bruno, Neusiedl am See; Schicker Johanna, Niklasdorf; Schneider Franz, Scheibbs; Kleinowitz Jürgen, Schwechat; Steiner Dietrich, Trumau; Kronister Meinhard, Vösendorf; Fink Christine, Kopecky Elisabeth, Jaritz Ernst, Neumärker Erich, Wagenhofer Christa, Schubert Waltraud, Weinke Fritz, Kramlinger Manfred, Lehner Christine, Rozsenich Norbert, Driemer Johann, Hauf Johann, Juznic Peter, Skalda Wilhelm, Schierer Elfriede, Wien, **75. Geburtstag:** Pfatschbacher Josef, Bromberg; Hahn Willibald, Hainburg a.d. Donau; Leithner Franz, Herzogenburg; Lehner Leopold, Herzogenburg; Aschenbrenner Otto, Kottlingbrunn; Krall Margot, Langkampfen; Weidner Peter, Linz; Daxböck Fritz, Pottenbrunn-Wasserburg; Schmiedl Marianna, Stöttera; Prähauser Stefan, Wals-Siezenheim; Krbusek Karl, Bachmann Rudolf, Kriz Peter, Magnus Naama-Gertr., Gruber Erich, Hulatsch Christine, Löffler Roland, Strobel Elfriede, Paukner Christine, Neubacher Friedrich, Biechl Ina, Plasch Leopold, Rietenauer Walter, Hohenberger Erich, Fila Friedrich, Zlesak Franz, Wien; Braun Walter, Wulkaprodersdorf



# Ist Rechtsextremismus (noch) Männersache?

Im Frühjahr fand ein Projekt der Volkshochschule Liesing über Weiblichkeit und Männlichkeit im rechtsextremen Spektrum statt.

Wenn es um rechte Hetze geht, so ist das Bild des springerstiefeltragenden Skinheads in Bomberjacke noch immer fest im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung abgespeichert. Selbiges gilt für den polternden, verbale Grenzen überspringenden Politiker, der seine Verachtung gegenüber liberalen Gesellschaftsentwürfen in ein Mikrofon oder die Fernsehkamera brüllt. Diese Bilder rühren freilich daher, dass die rechte bis rechtsextreme Szene bis heute eine männlich dominierte darstellt. Frauen haben in dieser Öffentlichkeit traditionell eine untergeordnete Rolle gespielt. Dies liegt freilich auch daran, dass in jenem Weltbild Männer den Frauen übergeordnet sind. Rechte Politik und Lebensentwürfe sind daher nicht nur von Antifeminismus, sondern auch Misogynie durchzogen. Trotzdem gibt es Frauen, die sich seit jeher von rechten Ideologien angezogen fühlen. Es handelt sich demnach nicht nur um ein sehr komplexes Thema. Es stellt sich auch die Frage, warum sich gesellschaftliche Bilder über Geschlecht und Rechtsextremismus halten, obwohl mit Marine Le Pen und Beate Zschäpe in den letzten Jahren auch Frauen mediale Aufmerksamkeit zuteilwurde. Gleichzeitig versuchen rechte Bewegungen seit einigen Jahren, ihr polternd-masculines Image aufzupolieren. Gruppen wie die Identitäre Bewegung setzen (junge) Frauen auf Fotos, bei Störaktionen und auf Social Media bewusst in Szene. Junge Frauen werden in Videos auf sozialen Plattformen als unbedrohliche Influencerinnen inszeniert. Erst nach und nach kommt deren demokratiegefährdendes Weltbild zum Vorschein. Rassistische und antisemitische Menschenverachtung erscheint in diesen Videos in einem hippen und weiblichen Gewand. Trotz alledem nehmen Frauen in Wissenschaft und Forschung sowie in der öffentlichen Debatte über Rechtsextremismus eine untergeordnete Rolle ein.

Die Volkshochschule Liesing widmete sich im Frühjahr 2023 dem Spannungsfeld von Rechtsextremismus, Weiblichkeit und Geschlechterrollen innerhalb der rechten Szene. Unter dem Projektnamen „Ist Rechtsextremismus (noch) Männersache“ fanden vier kostenlos zu besuchende Veranstaltungen in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes statt. Ermöglicht wurde dies durch eine Förderung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. Die Themen der Vorträge waren breit gefächert und wurden der Komplexität des Feldes mehr als nur gerecht. Bei den Vorträgen „Männlichkeit und die Ablehnung von Weiblichkeit in der (extremen) Rechten“, „Frauen in der rechten bis rechtsextrem



remen Szene“ und „(Deutschnationale) Studentenverbindungen und Männlichkeit. Österreich und die USA im Vergleich“ konnten die TeilnehmerInnen etwa mehr über den herrschenden Antifeminismus innerhalb der rechtsextremen und rechten Strömungen erfahren. Auch darüber, dass der heutige Diskurs über rechtsextreme Frauen noch immer mehrheitlich von Medien getragen wird. Berichterstattungen sind jedoch, sofern vorhanden, mehrheitlich von Skandalisierung und Sexismus geprägt. Es wurde auch ein kleiner Exkurs in die verschiedenen Etappen der Forschung über Frauen im Rechtsextremismus gegeben. Jene wissenschaftliche Auseinandersetzung begann in Österreich erst sehr spät. In den 1980er Jahren begannen feministische WissenschaftlerInnen, sich der Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und auch innerhalb aktueller Strömungen zu widmen.

Abschließend gab es eine Diskussion mit Filmausschnitten aus dem Film „300“, die von zwei Klassen des RG/ORG 23 Anton-Krieger-Gasse besucht wurde. Der Film „300“ genießt Kultstatus innerhalb der rechten Szene. Besonders die Darstellung von Männlichkeit und Kriegerum trägt dazu bei. Beispielsweise hat die Identitäre Bewegung den griechischen Buchstaben Lambda, der ihr Logo darstellt, dem Film entnommen.

**Initiator des Projekts Franz Mock (l.) mit DÖW-Mitarbeiter Andreas Peham**

Bis auf die Abschlussveranstaltungen der Reihe wurden alle Vorträge aufgenommen und sind als Audiostreams für alle Interessierten kostenlos unter zum Nachhören zugänglich: [www.vhs.at/gegenrechtsextremismus](http://www.vhs.at/gegenrechtsextremismus)







# Postfaschismus ante portas

Hundert Jahre nach Mussolinis Marsch auf Rom wurde im Herbst des vergangenen Jahres Giorgia Meloni, die Frontfrau der postfaschistischen „Fratelli d'Italia“ mit der Regierungsbildung beauftragt. Das Regierungsbündnis mit Salvinis Partei „Lega“ und der Berlusconi-Partei „Forza Italia“ rückt Italien nach rechts außen - isoliert sind sie dadurch in der EU aber nicht. Wir konnten Gen. Günther Sidl für diese Analyse gewinnen.

Es lässt sich darüber streiten, ob Giorgia Meloni und ihre Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) trotz oder wegen ihrer Rechtsaußen-Positionierung zur stärksten Partei Italiens aufgestiegen ist. Für einige PolitikbeobachterInnen waren die Fratelli die einzige unverbrauchte Partei nach den vorangegangenen Wahlen. Klar ist aber, dass sich Meloni und ihre Partei nie vom eindeutig (post-)faschistischen Erbe abgegrenzt haben. Das zeigt schon das Parteilogo in dem eine rot-weiß-grüne Flamme über dem als Strich angedeuteten Sarg Mussolinis lodert. Die Fratelli d'Italia sind die Nachfolgepartei der Alleanza Nazionale, die wiederum aus dem Movimento Sociale Italiano - dem Sammelbecken für Mussolinis politische Mitstreiter - hervorgegangen ist. Am Parteilogo, dem Sitz der Parteizentrale und offenbar auch an den Grundwerten hat sich nur wenig geändert - werden die Mitglieder der Fratelli doch immer wieder bei der Ausführung des „römischen Grußes“ gesehen.

„Es ist wirklich erschreckend, dass im politischen Diskurs einiger rechter Parteien in Italien, auch in der Regierung, immer wieder unverhohlene rassistische Äußerungen auftauchen. Das jüngste Beispiel betrifft sogar einen italienischen Minister, Francesco Lollobrigida von Melonis Fratelli d'Italia, der in einer öffentlichen Sitzung eine abscheuliche Rede über Migration hielt, in der er den alten Mythos der Nazi-Propaganda des ‚ethnischen Ersatzes‘ wieder aufgriff und das Land in die 1930er Jahre zurückversetzte“, berichtet der EU-Abgeordnete und Vorsitzende der italienischen sozialdemokratischen EU-Abgeordneten Brando Benifei, der für solche Aussagen Konsequenzen einfordert: „Für die Härte solcher Aussagen hätte er zurücktreten sollen. Das ist nicht hinnehmbar, und es wird nicht als normal durchgehen. Wir werden uns wehren.“

EU muss Populisten endlich das Wasser abgraben

Wie sich das rechte Regierungsbündnis Italiens auf die EU-Politik auswirken wird lässt sich noch nicht abschließend beurteilen. Trotz Melonis zahlreicher Angriffe auf die EU-Bürokratie im Wahlkampf hält sie sich als Regierungschefin bislang zurück - wohl auch, um die Milliardenförderungen aus Brüssel nicht zu gefährden. Wie der italienische EU-Abgeordnete Massimiliano



Thomas Peininger

**Gen. Günther Sidl ist Mitglied des Europäischen Parlaments und unseres Bundesvorstands**

Smeriglio berichtet, ist Meloni gerade auf der Suche nach neuen Verbündeten für ihre rechte Politik: „Der Sieg der nationalistischen Rechten in Italien könnte auch in Europa katastrophale Folgen haben. Es gibt einen offensichtlichen Versuch, eine Achse zwischen Webers Fraktion und den Konservativen von Giorgia Meloni zu schaffen, die genau mit der Agenda der italienischen Regierung zur Bekämpfung der Migrationsströme beginnt. Das Bedürfnis der italienischen Regierung, in Europa nicht isoliert zu sein, führt dazu, dass sie Verbündete nicht nur in der Visegrád-Gruppe, sondern unerwartet auch in der EVP findet. Der Versuch, den Bau von Grenzmauern auf europäischer Ebene zur Diskussion zu stellen, ist eine klare Bestätigung der Prioritäten der italienischen nationalistischen und rassistischen Rechten.“

„Das was wir in St. Pölten mit der Koalition zwischen Mikl-Leitner und Landbauer gesehen haben, zeigt sich auch auf der europäischen Ebene. Die Konservativen zieht es immer weiter nach rechts. Sie glauben damit Mehrheiten für ihre

Themen zu erreichen. Wir müssen daher klar dagegenhalten“, betont der SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl der davon überzeugt ist, dass es die EU selbst in der Hand hat, die Gefahr der populistischen Rechten zu beenden: „Die EU muss endlich zeigen, wie sie für ihre Bürgerinnen und Bürger ganz konkret da ist. Nur wenn die Menschen sicher sind, dass unser gemeinsames Europa ein gutes Leben für alle garantiert, wird die Hetze und der Populismus nicht mehr zur Grundlage von Wahlerfolgen. Und wir brauchen eine klare und unverrückbare Haltung zu unseren Werten ohne ständige Zugeständnisse an manche Mitgliedsstaaten, die letzten Endes schleichend ihre Demokratien aushöhlen.“

Günther Sidl ■



# Das Jahr 1933

Wie im „Kämpfer“ 1/2023 geschrieben löste die Regierung Dollfuß am 30./31. März 1933 den Republikanischen Schutzbund auf. Nur zwei Monate danach, am 26. Mai 1933 wurde die Kommunistische Partei Österreichs verboten. Die KPÖ wurde damit schon früher als die meisten anderen Organisationen der (sozialdemokratischen) ArbeiterInnenbewegung in die Illegalität gedrängt, bereits ein Dreivierteljahr vor den Februrkämpfen 1934.

Das Verbot der KPÖ wurde in einer Sitzung des Ministerrats auf Antrag von Emil Fey beschlossen, der wenige Wochen zuvor vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen zum Bundesminister avanciert war. Als Begründung nannte Fey, dass in den letzten Wochen gegen die KPÖ „wiederholt wegen illegaler und staatsfeindlicher Handlungen“ eingeschritten werden musste. In Ermangelung anderer gesetzlichen Grundlagen wurde die Partei nicht aufgelöst, vielmehr erfolgte das Verbot auf Grundlage des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917. Auf Grundlage dieses Diktaturparagraphen aus dem vorletzten Jahr der Habsburgermonarchie wurde nun jene Verordnung der Bundesregierung erlassen, „womit der Kommunistischen Partei jede Betätigung in Österreich verboten“ wurde.

Die KPÖ sah sich bereits seit 1927 mit verstärkter behördlicher Verfolgung und staatlichen Repressionsmaßnahmen konfrontiert: Versammlungsverbote, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren gegen FunktionärInnen standen schon in den Jahren vor dem Verbot der Partei auf der Tagesordnung, die Parteizeitungen, Broschüren und Flugschriften wurden regelmäßig zensuriert bzw. konfisziert. Ende September 1931 folgte die Auflösung des (behördlich als „Verband der Proletarierjugend“ registrierten) Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) durch die Bundespolizeidirektion Wien.

Am 2. Mai 1933 wies Fey in einem Runderlass alle nachgeordneten Dienststellen (die Bundespolizeibehörden und Landesgendarmereikommanden) an, „sämtliche leitenden Funktionäre“ der KPÖ, die „Land-, Kreis-, Bezirks- und Zellenleiter“, sowie die Funktionäre der Österreichischen Arbeiterwehr - der kommunistischen Wehrformation - in Haft zu nehmen und Hausdurchsuchungen „wegen Gefahr im Verzug [...] auch ohne richterlichen Befehl“ vorzunehmen. Ebenso verboten wurden im Laufe des Mai - wenige Tage vor dem Betätigungsverbot für die KPÖ - die Solidaritätsorganisation Rote Hilfe und der Bund proletarischer Solidarität (BPS). Ab 3. Mai 1933 fanden in ganz Österreich Razzien und Massenverhaftungen statt. Bis zum Verbot der KPÖ am 26. Mai wurden insgesamt 800 FunktionärInnen in Haft genommen, „doch musste ein großer Teil der Verhafteten wieder freigelassen werden, weil die Gerichte überfüllt waren, die Staatsanwaltschaft aber in zahlreichen Fällen eine gesetzliche Grundlage für eine weitere Strafverfolgung nicht für gegeben erachtete“, wie die Generaldirektion - wohl aufgrund eines Berichts der Staatsanwaltschaft - bilanzierte. Mit dem Parteiverbot einher ging auch der Verlust der kommunistischen Mandate auf Gemeinderatsebene. So wurde etwa Julius Deutsch im SDAP-Parteivorstand von einer Weisung der niederösterreichischen Landesregierung zu berichten, die KP-Gemeinderäte nicht mehr



Die Rote Fahne der KPÖ wurde unter Vorzensur gestellt

zu den Sitzungen einzuladen.

Ab Herbst 1933 wurde die temporäre Internierung von politischen Gegnern in Anhaltelagern ein wichtiges Repressionsinstrument des austrofaschistischen Regimes. Bis 1938 wurden in Wöllersdorf hunderte Kommunisten (und Revolutionäre Sozialisten und Nationalsozialisten) festgehalten.

Anton Bergauer auf Basis eines Artikels von Manfred Mugrauer (Langversion in den MITTEILUNGEN der Alfred-Klahr-Gesellschaft 1/2013)





# Problematische Hymnen

Im April wurde in den Medien von einer Initiative der IG Autorinnen Autoren berichtet, die Texte mehrerer Hymnen von österreichischen Bundesländern zu ändern, weil sie problematische Formulierungen enthalten oder von Antisemiten / Nazis geschrieben wurden. Es geht dabei um die Landeshymnen von Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und Niederösterreich.

Am einfachsten wäre eine Änderung der Landeshymne in Kärnten möglich. Dazu müsste lediglich die von der Kärntner Heimatdichterin Agnes Millonig, einer frühen (seit 1933) illegalen Nationalsozialistin, nachträglich verfasste vierte Strophe gestrichen werden, die der ursprünglichen Version von Josef Taurer von Gallenstein aus 1822 aufgepfropft wurde, und mit der Millonig in der Schlusszeile („das ist mein herrlich Heimatland“) ursprünglich das deutsche Heimatland („das ist mein deutsch Heimatland“) beschwor und - mit Bezug auf den Abwehrkampf - den slowenischen KärntnerInnen mittelbar abspricht, Kärnten als ihre Heimat betrachten zu dürfen.

Auch nicht mit größeren Schwierigkeiten verbunden dürfte eine Neutextierung der untadeligen Hymnenmusik Beethovens für die NÖ Landeshymne sein. Der Text selbst ist an sich unproblematisch historisch-schwülstig-pathetisch und damit leider kein Zeichen für ein zeitgemäßes Niederösterreich, aber das ist auch bei anderen österreichischen Landeshymnen der Fall. Ihr Autor Franz Karl Ginzkey ist jedoch als Verfasser der Hymne eines Landes mit demokratischer Verfassung völlig ungeeignet. Er war Befürworter der Bücherverbrennungen 1933, einer der Autoren des Bekenntnisbuchs österreichischer Dichter für den Anschluss an Nazi-Deutschland und trat mitten im Krieg der NSDAP bei. Auch in welcher Verbindung er als Deutschnationaler zu Österreich und zu Niederösterreich gestanden ist und steht, ist höchst fragwürdig. 1963 machte man sich auf die Suche nach einem Text für die Beethoven-Komposition, einen besseren aus der Feder eines untadeligen Autors/einer untadeligen Autorin durch eine Ausschreibung zu ermitteln, dürfte keine allzu große Herausforderung darstellen.

Ein wenig schwieriger stellt sich die Neugestaltung der OÖ Landeshymne dar. Über ihren Komponisten Hans Schnopfhagen sind uns keine historischen Belastungen bekannt, der Dichter Franz Stelzhamer hingegen forderte als radikaler Antisemit in einem Essay sogar, dem jüdischen Bandwurm, der sich um die Ernährungsorgane jedes kultivierten Staatskörpers schlinge, endgültig den Kopf abzuschlagen, also den Genozid an den Juden. Zudem ist der 1841 entstandene Hymnentext von einer starken Untertanen-Mentalität des Absolutismus geprägt und rät etwa, die Heimat so zu lieben wie ein Hündel seinen Herrn. Die Lösung könnte auch in diesem Fall darin liegen, dass es zu einer Neuausschreibung kommt. Auf Grundlage der Schnopfhagen-Komposition müsste sich diese an alle richten, die sich vorstellen können, in oberösterreichischer Mundart eine Neufassung vorzulegen.

Keine andere Lösung als ihre komplette Neufassung gibt es für die Landeshymne Salzburgs. Die Salzburger Landeshymne ist eine Komposition Ernst Sompeks, der sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich brüstete, illegales österreichisches NS-Parteimitglied gewesen zu sein. Schon 1938 dirigierte er dann auch im Rahmen der Salzburger Festspiele ein Werk des ebenfalls illegalen Nazis Josef Reiter. Textautor Anton Pichler wiederum war ein kriegsverherrlichender Priester und Verfasser solcher Verse wie für das zentrale Heldendenkmal auf dem Salzburger Kommunalfriedhof, in denen die Helden bis zum Opferaltar vortreten, weil die Scholle rief: „Ist jeder ein Stück nur diesen Helden gleich, dann bau'n wir ein glückliches Österreich!“ Sein Hymnentext, kitschig-pathetischer Schollenschwulst, gipfelt in den nicht nur grammatikalisch verunglückten Zeilen, wonach durch einsamer Straßen-Sinnen Mozart und seine Unsterblichkeit schreitet (sic). Es stünde dem Festspiele- und



Wikipedia

**Franz Stelzhamer schrieb den Text der OÖ Landeshymne**

Kulturland Salzburg angesichts dieser Voraussetzungen gut an, sich für eine neue Hymne zu entscheiden.

In all diesen Fällen geht es nicht darum, Geschichte zu canceln, es geht darum, historisch-politisch falsche Festlegungen nicht weiter fortzusetzen und im schlimmsten Fall vielleicht sogar wiederzubeleben.

Wer immer sich auf Österreich als Land beruft, wer immer sich auf eines seiner Bundesländer beruft, eines muss klar sein: Es besteht die Notwendigkeit klarer Abgrenzungen zum Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Nationalsozialismus. Und es gibt sie auch zu jeder Art und Form ihrer Wiederbelebung. Bei offiziellen Symbolen, somit also auch und gerade bei Hymnen, muss klar sein, dass es keine derartigen Zeichensetzungen aus der belasteten Vergangenheit geben darf.





# Zahlenchaos bei rechtsextremen Straftaten

Die Bundesregierung muss endlich gegen Rechtsextremismus aktiv werden! Rechtsextremismus und Rassismus sind in Österreich weiterhin auf einem äußerst hohen Niveau. Laut der aktuellen Anfragebeantwortung des Innenministers sind im vergangenen Jahr 928 rechtsextreme Straftaten in Österreich verübt worden. Damit gibt es zwar einen Rückgang im Vergleich zum Rekordjahr 2021 (1053), aber 2022 immer noch mehr Straftaten als im Jahr 2020 (895).

Dass wir überhaupt einen Überblick über die rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Straftaten haben, liegt aber nicht etwa daran, dass die Ministerien die Zahlen regelmäßig veröffentlichen würden, sondern an meinen parlamentarischen Anfragen, die ich halbjährlich an die Justizministerin und den Innenminister richte. Selbst der letzte Verfassungsschutzbericht liefert keine konkreten Zahlen mehr, was insgesamt problematisch ist, weil keine Entwicklungen mehr abgelesen werden können.

Seit Jahren beobachten wir aus diesen Statistiken ein extremes Hoch an rechtsextremen Straftaten. Aber während die Verfahren nach dem Verbotsgesetz im Justizministerium auf das Doppelte angestiegen sind, stagnieren die Zahlen aus dem Innenministerium mit Schwankungen nach oben und unten auf einem ähnlichen Niveau. Viele Expertinnen und Experten befürchten aufgrund der starken Abweichung der Zahlen aus dem Innen- und dem Justizministerium ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Lage. Die Divergenz zwischen den gemeldeten Zahlen aus den beiden Ministerien muss dringend aufgeklärt werden, um sicherzustellen, dass die Informationen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, vertrauenswürdig und aussagekräftig sind. Während die Zahlen aus dem Justizministerium glaubhaft bestätigt worden sind, gibt es bislang keine nachvollziehbaren Erklärungen aus dem Innenministerium. Minister Karner muss hier dringend handeln. Einmal mehr bekräftigt dieses Zahlenchaos aber, wie notwendig ein detaillierter und umfassender Rechtsextremismusbericht ist!

Insgesamt ist es wichtig, dass die Regierung transparent über die Bedrohung von Rechtsextremismus informiert und dass sie objektive und verlässliche Daten zur Verfügung stellt. Wenn wir das Bekenntnis zum Kampf gegen Rechtsextremismus ernst nehmen, müssen wir auch eine belastbare und vor allem nachvollziehbare Zahlen- und Datenlage als Grundlage haben.

Aber nicht nur der säumige Rechtsextremismusbericht muss endlich umgesetzt werden: die Regierung muss endlich Maßnahmen gegen Rechtsextremismus setzen. Der vor mittlerweile zwei Jahren mit den Stimmen von vier Parteien beschlossene Nationale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus ist immer noch nicht da. Im Windschatten der Corona-Pandemie haben sich rechtsextreme Organisationen wieder gestärkt. Die Gefahr, die von dieser Szene ausgeht, darf nicht länger verharmlost werden. Die türkisch-grüne Bundesregierung muss endlich ins Tun kommen!



**Gin. Sabine Schatz ist SPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat und Bereichssprecherin für Erinnerungskultur**

Sabine Schatz ■



# Vor 70 Jahren - Volksaufstand in der DDR

Die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 markiert den Höhepunkt einer krisenhaften Entwicklung in der noch jungen DDR. Die Revolte gehört wie der Ungarische Volksaufstand von 1956 und der Prager-Frühling von 1968 zu den bedeutendsten Aufständen im damaligen sowjetischen Machtbereich.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft wünschten sich viele politische Aktivisten aus dem Arbeitermilieu einen grundsätzlichen Neuanfang. Die Kräfte der Arbeiterklasse sollten vereint und aus den Fehlern der Vergangenheit sollte gelernt werden. Innerhalb der Sozialdemokratie gab es aber auch Skepsis. Tatsächlich bewahrheitete sich mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 die Ungleichbehandlung von Kommunisten und Sozialdemokraten durch die Sowjets. Viele SozialdemokratInnen erlitten Unrecht, wurden verdrängt, verhaftet oder flohen in den Westen. Bis 1949 wurde aus der SED eine zentralistische Kaderpartei nach leninistischem Vorbild geformt. Ihr Machtanspruch war uneingeschränkt und diktatorisch.

Das Verhältnis der Staatspartei zur Arbeiterschaft war angespannt. Die SED verschärfte Anfang der 1950er Jahre ihren Kurs. Die Folge: Der Kampf gegen politisch Andersdenkende wurde härter. Der Ausbau von Militär und Grenzregime verschlang Unsummen. Enteignungen und Zwangskollektivierungen in der Landwirtschaft führten zu Protesten. Allein 1952/53 flohen 15.000 Bauern in den Westen. Es gab immer mehr Verhaftungen und die Gefängnisse füllten sich. Die Zahl der Häftlinge verdoppelte sich von ca. 37.000 im Juli 1952 auf etwa 66.400 im Mai 1953. Auch die Flüchtlingswelle in die Bundesrepublik wuchs an. 1952 verließen 182.000 und 1953 331.000 Bürger die DDR in Richtung Westen.

Besonders die Frage der Arbeitsnormen war konfliktreich. Betriebskollektivverträge (BKV) nach sowjetischem Vorbild verlagerten die Konflikte über angemessene Arbeitsbedingungen in die einzelnen Betriebe. Sie wurden oftmals gegen Widerstand der Belegschaften durchgesetzt. Im Zuge der Einführung der BKV gab es bereits 1951 in einer Vielzahl von Betrieben Protestaktionen und kleinere Streiks. Bis Ende 1952 nahmen die Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen zu.

Der überraschende Tod Stalins im März 1953 verunsicherte die SED-Führung. Er nährte die Hoffnung vieler DDR-Bürger auf politische Lo-



Armin Wolkong

**Am 16. Juni 1953 nahm der Volksaufstand von der Baustelle Stalinallee, heute Karl-Marx-Allee, seinen Ausgang**

ckerungen. Moskau war indes nicht entgangen, wie kritisch die Lage in Ostdeutschland war. Die Versorgungssituation war schlecht, die Abwanderung nach Westdeutschland ungebrochen und die Unzufriedenheit in den Betrieben und auf dem Lande groß.

Deshalb wurden die Spitzen der SED nach Moskau bestellt und dort auf einem neuen Kurs verpflichtet. Dies traf die Funktionäre zuhause völlig unvorbereitet. In einem von Moskau diktierten und am 11. Juni 1953 veröffentlichten Kommuniqué wurde der „neue Kurs“ eingeläutet. Die SED-Führung bekannte sich zu Fehlentwicklungen: Lebensmittelrationierungen sollten rückgängig gemacht werden, Enteignungen ebenfalls. Die private Wirtschaft müsse belebt werden. Gefangene sollten entlassen werden und Rückkehrer aus dem Westen ihr Eigentum zurückerhalten. Der verschärfte Klassenkampf wurde abgeblasen. Die Arbeiterschaft blieb aber unzufrieden, denn die umstrittene Normenfrage wurde nicht geklärt.

In der Phase vom 12. bis zum 16. Juni kam es an verschiedenen Stellen der DDR zu Arbeitsniederlegungen und Protestkundgebungen. Es wurden Forderungen aufgestellt, die vom Rücktritt der gesamten Regierung, über die Freilassung aller politischer Gefangenen, bis hin zur Durchführung freier Wahlen und der Deutschen Einheit gingen.

Die Bauarbeiter der Stalinallee in (Ost-)Berlin formierten dann am 16. Juni einen Marsch zum Haus der Ministerien. Der Demonstrationzug

schwoll schnell an, sodass sich ungefähr 10.000 Personen vorm Regierungsgebäude einfanden. Die Regierung nahm am selben Tag zwar die Normenerhöhungen zurück, aber den Arbeitern ging das alles nicht weit genug. Sie forderten freie Wahlen und riefen zum Generalstreik am 17. Juni auf.

Aus den Arbeiterprotesten wurde die Volkserhebung vom 17. Juni. Vom 16. bis zum 21. Juni 1953 kam es in über 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. In allen 54 großen Städten über 50.000 Einwohner gab es Unruhen. Insgesamt beteiligte sich rund 1 Million Menschen am Aufstand. Es wurden 1.500 Inhaftierte befreit, unzählige Betriebe und Genossenschaften bestreikt und 250 öffentliche Gebäude erstürmt.

Ab Mittag des 17. Juni griff die Sowjetarmee in das Geschehen ein. Die sowjetische Militäradministration verhängte über 167 von 217 Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand. Die Gesamtzahl der Festgenommenen belief sich auf ca. 15.000. Von den Streikführern flohen viele in den Westen. Insgesamt geht man von über 50 Toten im Zusammenhang mit den Protesten aus.

Nur durch das gewaltsame Eingreifen der Sowjets mit ihren Panzern konnte die Volkserhebung niedergeschlagen werden. Deren Kernforderungen fanden erst in der friedlichen Revolution 1989 ihre Erfüllung.

Jens Hartung (SPD-Parteivorstand) ■



# Das Himmelreich der Lügner

Der Wiener Reinhard Federmann (1923-1976) hatte sein ganzes Leben einem Berufswunsch untergeordnet: freier Schriftsteller zu sein, und dies gegen alle Schwierigkeiten einer solchen Existenz im Nachkriegsösterreich. Neben Sachbüchern, Abenteuerromanen und Übersetzungen - viele dieser Arbeiten entstanden in Zusammenarbeit mit Milo Dor - konzentrierte sich Federmann auf erzählende Prosa und veröffentlichte mehrere Romane (u. a. „Barrikaden. Ein Roman aus dem Sturmjahr 1848“, „Internationale Zone“). Der umfangreiche Roman „Das Himmelreich der Lügner“ erschien erstmals 1959, 25 Jahre nach dem Februaraufstand, ohne damals großen Widerhall zu finden. Dem Picus Verlag gebührt großer Dank, dieses unbedingt lesenswerte Buch neu aufgelegt zu haben. Es passte nicht in die gängige frühe österreichische Nachkriegsliteratur, in der es angeblich keine adäquate literarische Aufarbeitung von Faschismus und Krieg gegeben habe. Dieses Klischee widerlegend entwirft er einen Längsschnitt der österreichischen Geschichte zwischen 1933 und 1956, setzt sich ausführlich mit dem Februaraufstand 1934 auseinander, mit Nationalsozialismus, Stalinismus, Holocaust und Kaltem Krieg.

Der Jusstudent Bruno Schindler, der gebrochene Held des Buches, erzählt rückblickend seine Geschichte und die seiner engsten Freunde und Genossen in SAJ und Sozialistischer Jungfront. 1934, beim Ausbruch der Kämpfe, wollen Schindler und seine Gefährten nicht tatenlos zusehen und versuchen, sich von der Leopoldstadt zu den Schutzbündlern nach Floridsdorf durchzukämpfen. Eine Heimwehrpatrouille stoppt den Wagen mit Waffengewalt. Mehr sei nicht erzählt, um die Spannung, die bei der Lese-

rin und dem Leser unweigerlich entstehen muss, nicht zu zerstören. Das Buch ist so dicht, die Handlung so authentisch, dass man meint, Federmann selbst müsste der Protagonist gewesen sein. Das kann allerdings nicht sein, ist er doch erst am 12. Februar 1923 auf die Welt gekommen. Immer geht es im Roman auch um die Wahrheit und um die trügerische Erinnerung. Federmanns Buch ist kritisch-loyal gegenüber der Sozialdemokratie und hebt sich dadurch positiv von kommunistischer Literatur über den Februar 1934 und unsere Bewegung ab. In einer Rezension aus 1959 formulierte der Schriftsteller und Bibliothekar Gerhard Fritsch treffend:

„Ich kenne keinen Roman, in dem der Februar 1934 und seine vielfache Tragik so unmittelbar und bedrängend dargestellt ist. ... Kein parteipolitischer Roman, dafür ein politischer Roman im besten Sinne, der beste, der in Österreich seit langer Zeit geschrieben wurde.“

Reinhard Federmann: Das Himmelreich der Lügner, Picus, Wien 2023, ISBN 978-3-7117-2129-7, 544 Seiten, € 23,00

Gerald Netzl ■



## Überleben – um Zeugnis abzulegen, Band 2

Im „Kämpfer“ 3/2022 stellen wir auf Seite 20 den ersten Band von Helmut Rizy Essays zur KZ-Literatur vor. Band 2 ist dessen Fortsetzung, wiederum werden ausschließlich authentische Texte von ehemaligen KZ-Häftlingen präsentiert. „Einer der Schwerpunkte im 2. Band der Essays zur KZ-Literatur ist das Erlebnis der Befreiung sowie die für viele Überlebende langwierige und mühsame Rückkehr aus der Gefangenschaft. Häftlinge, die aus KZs befreit wurden, während der Krieg noch andauerte, mussten erst in Sicherheit gebracht werden und bedurften vorrangig medizinischer Betreuung. Zudem fehlten auch später oft die entsprechenden Transportmöglichkeiten. Für einen nicht geringen Teil stellte sich die Frage, ob sie an einen Ort zurückkehren wollten, an dem sie niemanden mehr aus ihrer Familie oder ihrem Bekanntenkreis antreffen würden. Nicht minder schwierig war aber für viele die Rückkehr ins sogenannte normale Leben. Das Erlebte zu verdrängen, gelang nur wenigen, und das auch zumeist nur für einen gewissen Zeitraum. Aber auch die Umwelt brachte nicht immer das nötige Verständnis auf.“ (Verlagstext)

Helmut Rizy legt ein großartiges Werk vor. Aus gut 200 Büchern (Romane, Tagebücher etc. aber KEINE wissenschaftliche Literatur) hat er Passagen entnommen und mit großem Wissen, Geschick und Einfühlbarkeit zusammengestellt. Die von ihm stammenden Überleitungen zwischen den Zitaten sind ausnahmslos gut gelungen. Alle Auszüge weisen Fußnoten zu den Quellen auf, man wird förmlich gedrängt, sich einzelne der zitierten Bücher, die einen besonders interessieren könnten, auch zu besorgen. Die vielen AutorInnen stammen aus halb Europa. Wichtig: Es ist KEINE fiktionale Literatur die Rizy bringt, alle Texte basieren auf Erfahrungen und Erlebnissen der AutorInnen.

Was beiden Bänden leider fehlt sind eine erklärende Einleitung (oder ein Nachwort) und Untertitel zu den Kapiteln, das schmälert jedoch nicht deren Wert und Bedeutung. Rizy entnahm seine Zitate den jeweils letzten,

jüngsten Auflagen der Bücher, ein Hinweis, wann die Bücher erstmals erschienen sind, wäre wünschenswert gewesen.

(Anm.: Bereits im „Kämpfer“ 4/2019 auf Seiten 10 - 14 haben wir den Artikel „Frühe Zeugen“ von Helmut Rizy gebracht, der Bücher aus der Frühphase der Nazi-KZ vorstellt.)

Helmut Rizy: Überleben – um Zeugnis abzulegen (2. Band), Wieser, Klagenfurt 2022, ISBN 978-3-99029-550-2, 520 Seiten, € 26,00



Gerald Netzl ■



# Die Jahre von Allende

Chile 1970: Am 4. September gewann der Arzt und sozialistische Politiker Salvador Allende die Präsidentschaftswahlen mit 36 % der Stimmen knapp vor dem rechten (35 %) und dem christdemokratischen Kandidaten (28 %). Da kein Kandidat die absolute Mehrheit errungen hatte, lag die Wahl des chilenischen Präsidenten laut Verfassung beim Parlament. Der Wahlgang im Parlament fand am 24. Oktober 1970 statt. Da es in Chile eine lange Tradition hatte, dass das Parlament sich für den Kandidaten mit der relativen Mehrheit entscheidet, wurde Allende nach Verhandlungen mit den Christdemokraten vom chilenischen Kongress zum Präsidenten gewählt, ohne, dass die Unidad Popular (dt. Volksfront) dort über eine Mehrheit verfügte.

Es begannen die wohl intensivsten tausend Tage in der Geschichte des Landes, die zu einem leuchtenden Beispiel für den demokratischen und gewaltlosen Übergang zum Sozialismus werden sollten. Die Bourgeoisie fürchtete und hasste diese Veränderungen, die die Privilegien von Militär, Klerus, Privatwirtschaft und Großkapital bedrohten, und begann mit der inzwischen aktenmäßig dokumentierten Unterstützung durch die Nixon-Regierung mit den Vorbereitungen für den Staatsstreich.

Diese gelungene Graphic Novel der chilenischen Autoren Carlos Reyes und Rodrigo Elgueta erzählt aus der Perspektive eines US-amerikanischen Journalisten, der vor Ort über die politische Entwicklung recherchiert und in den Sog des kulturellen und politischen Auf-

bruchs gerät. Die Autoren nahmen sich kein Blatt vor den Mund, so heißt es an einer Stelle „In seiner eigenen Partei nannte man ihn (Salvador Allende, Anm.) einen Hochstapler, wegen seines bürgerlichen Benehmens.“ Oder „Im November 1971 schenkte Fidel Castro Salvador Allende bei seinem Staatsbesuch in Chile eine AK-47 (Automat Kalaschnikow, Anm.). Die Rechte empfand seinen Besuch als Provokation.“ Trotzdem liegen die Sympathien der Autoren klar bei der Linken.

Die Jahre von Allende ist ein fesselndes Buch über die Hoffnungen und Ängste der damaligen Protagonisten, die mit Leidenschaft und Schmerz erlebten, wie ein im 20. Jahrhundert einzigartiges soziales Experiment begonnen und wieder zerstört wurde. Einzelne Zeichnungen folgen emblematischen Fotos, z. B. von Konzerten Victor Jaras, Reden Allendes u. Ä., die auch die damals herrschende Atmosphäre gut einfangen. Ein gutes und informatives Buch - gelungener Geschichtsunterricht!

Carlos Reyes, Rodrigo Elgueta: Die Jahre von Allende, Bahö, Wien 2020, ISBN 978-3-903290-12-9, 144 Seiten, € 26,00

## CARLOS REYES RODRIGO ELGUETA DIE JAHRE VON ALLENDE



TIPP

# Lexikon der Wiener Gemeindebauten

Bereits 2013 erschien erstmals dieses wertvolle Nachschlagewerk, im Frühjahr 2023 eine überarbeitete, aktualisierte und ergänzte Version. Mit den großen Gemeindebauten der 1920er und 1930er Jahre setzte das „Rote Wien“ ein wichtiges bleibendes Zeichen. Heute wohnen etwa 500.000 WienerInnen in rund 1.800 Häusern und Wohnhausanlagen. Bauten wie der Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt oder der Goethehof in Kaisermühlen wurden zu Wahrzeichen des kommunalen Wohnungsbaues; bis heute prägt der „Gemeindebau“ die Wohnlandschaft Wiens. Das von Peter Autengruber und Ursula Schwarz erstellte „Lexikon der Wiener Gemeindebauten“ listet alle knapp 400 benannten (!) Gemeindebauten mit Adresse in alphabetischer Reihenfolge auf und erklärt ausführlich die Herkunft der Namen. Darüber hinaus werden Datum der Errichtung und Benennungsdatum (so vorhanden) genannt. Erklärt werden aber nicht nur die Namen der Bauten, sondern auch Denkmäler, Sehenswürdigkeiten und Kunst am Bau. Zahlreiche Plastiken, Reliefs, Brunnen und Mosaiken in Gemeindebauten werden in ihrer Vollständigkeit erfasst, abgebildet und beschrieben. Jede Menge Fotos von Gemeindebauten oder Porträts der Geehrten, eine Liste der umbenannten Wohnhausanlagen, eine Liste der KünstlerInnen und ihrer Kunstwerke in Gemeindebauten sowie eine Liste der ausführenden ArchitektInnen mit bibliografischen Daten machen das Buch zu einem hilfreichen Nachschlagewerk und Ideengeber für unsere Gedenkarbeit.

Für uns FreiheitskämpferInnen sind vor allem die Informationen zu jenen Wohnhausanlagen interessant, die nach gefallenen Februarkämpfern (deren fünf) und Naziopfern (deren 24) benannt sind. Erstere sind der Blathof (14., nach Ferdinand Blat), der Holyhof (17., nach Leo Holy), der Klosehof (19., nach Viktor Klose), der Rebechhof (19., nach Ernst Rebec) und der Svobodahof (19., nach dem standrechtlich hingerichteten Emil Svoboda). Bei nicht wenigen Personen, neben den eben Genannten, steht bei den biografischen Angaben „Mitglied des Republikanischen Schutzbunds“ - eine Tatsache, die uns FreiheitskämpferInnen mit Stolz und Befriedigung erfüllt. In jüngster Vergangenheit wurden auf Initiative von Stadträtin Katrin Gaál Wohnbauten nach WiderstandskämpferInnen und Opfern des Faschismus benannt. Diese Politik wird fortgeführt und es liegt an den Wiener FunktionärInnen, begründete Namensvorschläge für Benennungen zu machen. Das Lexikon legt ein eindrucksvolles Zeugnis über die Spuren der Sozialdemokratie in Wien. Dass vereinzelt auch Anlagen nach ÖVP-PolitikerInnen benannt sind, zeigt, dass die Stadtverantwortlichen auf dem rechten Auge nicht blind sind.

Peter Autengruber, Ursula Schwarz: Lexikon der Wiener Gemeindebauten: Namen, Denkmäler, Sehenswürdigkeiten, Wunderbaum, Wien 2023, ISBN 978-3-903070-20-2, 272 Seiten, € 24,90





# Gedenkstätte Mauthausen unterzeichnet Kollektivvertrag

Nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen den Mitgliedern der Geschäftsleitung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, ihrem Betriebsrat und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst wurde ein Kollektivvertrag für knapp hundert Angestellte vereinbart und am 18. April 2023 unterschrieben.

Den VerhandlungspartnerInnen ist es gelungen, leistungsorientierte Elemente einer modernen privatwirtschaftlichen Unternehmens- und Personalführung in diesem Kollektivvertrag festzuschreiben, legitime Interessen der Bediensteten zu verankern und damit eine höchstmögliche soziale Absicherung zu erzielen. Es wurden wesentliche arbeitsrechtliche Regelungen zugunsten der ArbeitnehmerInnen, zum Teil angelehnt an das Vertragsbedienstetengesetz, eingearbeitet. Zudem ist es gelungen, die Gehälter an das Gehaltsschema des öffentlichen Dienstes anzupassen.

Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, betont: „Mit einem für die Gedenkstätte maßgeschneiderten Kollektivvertrag schaffen wir nun eine solide vertragliche Basis für unsere wichtige Arbeit und eine soziale Absicherung für unser Team, das in den letzten Jahren beständig gewachsen ist. Die im Gedenkstättengesetz verankerten Aufgabenbereiche werden durch kompetente und engagierte KollegInnen in den verschiedenen Fachabteilungen abgedeckt. Das Ergebnis, das nach sechs Jahren Verhandlungen nun unterzeichnet wird, bedeutet für uns alle einen wesentlichen Weiterentwicklungsschritt.“ Der Kollektivvertrag tritt mit 1. Mai 2023 in Kraft.

APS / OTS ■

## Unterschreibt! Unterschreibt!

„Unterschreibt! Unterschreibt!“ stand in großen Lettern auf der Titelseite der Arbeiter-Zeitung vom 27. Juni 1933. Mittels einer „Volksadresse an Bundespräsidenten Wilhelm Miklas“ wollte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine Wiedereinberufung des Nationalrates erreichen.

Die Arbeiter-Zeitung schrieb: „Unsere Vertrauenspersonen gehen wieder von Wohnung zu Wohnung. Sie legen allen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen der Republik die Volksadresse an den Bundespräsidenten zur Unterschrift vor, in der wir den Bundespräsidenten auffordern, für den sofortigen Wiederausammentritt des Parlaments Sorge zu tragen.“

Manche Menschen fragen: Hat denn eine solche Aufforderung an den Bundespräsidenten Sinn und Zweck? Haben nicht schon Landtage, die zusammen die Mehrheit des österreichischen Volkes vertreten, der Bundesrat, viele Gemeindevertretungen dieselbe Forderung an den Herrn Bundespräsidenten gestellt, ohne dass der Herr Bundespräsident dieser Aufforderung entsprochen hätte? Wird der Appell an den Herrn Bundespräsidenten wirksamer sein, wenn wir ihn jetzt stellen? Diese Frage ist falsch gestellt. Es handelt sich nicht darum.

Unsere Partei hatte ursprünglich im Sinne, nicht eine Volksadresse an den Bundespräsidenten, sondern ein Volksbegehren im Sinne der Bundesverfassung zu organisieren: den Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen einen Gesetzentwurf

zur Unterschrift vorzulegen, der die Aufhebung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes und die Anordnung des Wiederausammentritts des Parlaments unter dem Vorsitz eines Alterspräsidenten enthalten sollte. Aber dieser Form unserer Aktion standen juristische Hindernisse entgegen. ...

Was ist der Sinn und Zweck dieser Aktion? Wir stehen im Kampfe um die Wiederherstellung der Verfassung, um die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, um die Wiederherstellung des Gesetzgebungsrechtes der Volksvertretung statt der Notverordnungen der Regierung, um den Schutz unserer sozialen Rechte, die ganz anders geschützt sind, wenn nur das Parlament über die sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten entscheiden kann, als wenn durch Verordnungen ohne Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft über sie entschieden wird. Dieser Kampf erfordert wie unsere Reichskonferenz festgestellt hat, höchste Aktivität.“

Am 20. September erschien beim Bundespräsidenten eine Abordnung unserer Partei, bestehend aus Bürgermeister Seitz, den Abgeordneten Dr. Renner, Sever und Schorsch sowie Landesrat Schneidmadl. Bürgermeister Seitz überreichte dem Bundespräsidenten die von der Partei veranlasste Volksadresse mit 1.216.327 Unterschriften, mit der die Einberufung des Nationalrates verlangt wird.

Das erste Volksbegehren in Österreich wur-



Gerhard Netzl

de im Oktober 1964 zum ORF durchgeführt. Das historisch von den meisten Personen unterschriebene Volksbegehren war das von der ÖVP getragene gegen den Bau des Konferenzzentrums (Austria Center Vienna) im Mai 1982 und erzielte über 1,36 Millionen Unterschriften (allerdings waren 1982 weit mehr StaatsbürgerInnen wahlberechtigt / unterschreibungsberechtigt). Volksadresse 1933 und Volksbegehren 1982 blieben ohne Erfolg – Ersteres leider, Zweiteres zum Glück.

Gerald Netzl ■

## Nationaler Gedenktag für Roma und Sinti

Am 31. Jänner 2023 wurde im Nationalrat mit einem in der Sitzung eingebrachten Vier-Parteien-Entschließungsantrag von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS eine Initiative zur Einführung eines nationalen Gedenktags für Roma und Sinti einhellig abgestimmt. Wie im ursprünglichen Entschließungsantrag der Koalitionsparteien vorgeschlagen, wird künftig am 2. August der unter dem NS-Regime verfolgten und ermordeten Roma und Sinti gedacht.

Im Jahr 2015 erklärte das Europäische Parlament den 2. August zum europäischen Holocaust-Gedenktag für die Roma und Sinti, um der im von den Nazis besetzten Europa ermordeten 500.000 europäischen

Roma und Sinti zu gedenken. Eine offizielle Gedenkveranstaltung findet seit den 1990er-Jahren alljährlich am 2. August beim Mahnmal für Roma und Sinti in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau statt. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 ermordeten die Nationalsozialisten die rund 4.300 verbliebenen Roma und Sinti des sog. „Zigeuner-Familienlagers B II e“ in Auschwitz-Birkenau - es handelte sich dabei größtenteils um als „arbeitsunfähig“ bezeichnete Frauen, Männer und Kinder. Sie wurden in die Gaskammern getrieben und umgebracht.

Quelle: Romano Kipo 1/2023 S. 13



# Den „Kämpfer“ kennenlernen?

Wer die nächsten vier Ausgaben unserer Zeitung (3/2023-2/2024) gratis und unverbindlich zugeschickt bekommen will, schreibt ein Mail an [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at)

**Dieses Test-Abo ist gratis und endet automatisch.**

**Verzogen?**

**Wir bitten Adress-, Namens- oder andere Änderungen in unserem Sekretariat bekanntzugeben: [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at)**

**Danke für deine Unterstützung!**

**Aus zwei (Adressen) mach eins. Du wunderst dich, warum wir an Haushalte mit mehr als einem Mitglied unseres Bundes nur ein Exemplar des „Kämpfers“ schicken? Wir machen das, um Druck- und Versandkosten zu sparen. Es sind mehr als 200 Zeitungen, die wir dadurch einsparen.**

**Danke für dein Verständnis!**

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Gerhard Antes, Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier, Kristin Caspary, Stefan Eckensperger, Jens Hartung, Julia Hinterseer-Pinter, Franz Mock, Gerald Netzl, Alexander Rath, Sabine Schatz, Ulrich Schneider, Günther Sidl.

**Grafische Gestaltung:** Wien Work – Digital Media

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 26. Mai 2023

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 25. August 2023

## Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at), Internetadresse: [www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at).

**Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

**Hersteller:** Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

**Zlnr.:** GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG  
MZ GZ02Z033355M